V.b.b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal éxpedite par l'éditeur

Nr. 2/58 - Preis 25 Groschen

JUDENSTAAT

zionistisch-revisionistisches Organ **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2.90, halbjährig S 5.50, ganzjährig S 10.— / Deutschland: vierteljährig Reichsmark 2.— Polen: vierteljährig Zl. 3.50 / Jugoslawien: vierteljährig Dinar 40.— / Rumänien: vierteljährig Lei 100.— / Č. S. R.: vierteljährig Kč 15.— Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2.90.
Postsparkassen-Konti: Österreich B-11.035 / Č. S. R. 501.540 / Polen Dr. Aron Goldin 27,765 / Jugoslawien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 15. Juni 1934 | Redaktion und Administration: **Wien, I., Adlergasse 4** (Griecheng. 3) - **Telephon R-23-0-04**

Ein Galgen ist aufgerichtet . . .

p. h. Wien, 14. Juni.

Am 8. Juni ist Abraham Stavsky zum Tode verurteilt worden. An einem Freitag, am Erew Schabbat. In der heiligen jüdischen Stadt Jeruschalajim. Das Todesurteil für den blutjungen Juden hat das britische Kolonialgericht gesprochen, das im Lande Judäa, in der belagerten Festung Zion, über Leben und Tod der Juden zu entscheiden hat.

Am 8. Juni ist ein Galgen aufgerichtet worden, der im Angesicht einer Welt, die das geschichtliche Wunder des neuen jüdischen Staatsbaus auf uralter jüdischer Erde mitansieht und miterlebt, seines jüdischen Opfers harrt...

Das Entsetzen über die Untat ist zu groß, als daß eine Feder, die den Verurteilten nur als geliebten Bruder und heldenhaften jüdischen Patrioten preisen kann, sich schon jetzt dazu verstehen könnte, aufzuzeigen, welche Mißachtung des Gesetzes, welcher Hohn auf die Gerechtigkeit und die Satzungen überlieferter menschlicher Gerichtspraxis in diesem Urteil steckt; aufzuzeigen, daß der ganze Prozeß mitsamt dem Urteil im juristischen Sinne für Zigeuner und Buschmänner eine Schande wäre. Das ist aber auch nicht nötig. Es ist im Augenblick wenig von Belang, festzuhalten, daß die einzige Tatzeugin, Frau Sima Arlosoroff, sich als ein weibliches Lebewesen erwiesen hat, das zu allem anderen eher taugt als dazu, vor einem Gericht eine menschlich gültige Aussage zu machen; daß die anderen Belastungszeugen, arabische und jüdische, ein Bild boten, das Mörder, Diebe, bestochene Subjekte, verlogene Kreaturen, Typen der gesellschaftlichen und politischen Verbrecherwelt in einem zeigte, als hätte sich ein ebenso genialer wie boshafter Spaßvogel vorgenommen, alles aufzuklauben, was minderwertig, schäbig, verbrecherisch, dumm und provokatorisch im kleinen Lande Palästina ist, auf daß die Welt lache; daß es noch nie so tollhäuslerische Richter gab, die den „intellektuellen Urheber" (Achi Meïr) und den eigentlichen Täter (Rosenberg „hat geschossen") freisprechen und nur einen im Grunde unwichtigen Mithelfer (Stavsky „hat nur geleuchtet") zum Tode verurteilen durften; und alles andere, was diesem Prozeß, juristisch gesehen, den Charakter einer Schundoperette gibt. Es ist im Augenblick wenig von Belang. Denn dieses Urteil will gar nicht juristisch gewertet werden. Denn dieser Prozeß wollte gar nicht einem kriminellen Ereignis auf den Grund gehen. Denn diese Richter wollten das Dunkel, das sich über dem Mord an Dr. Arlosoroff breitet, gar nicht lichten. Ebenso wenig wie es Frau Arlosoroff darum zu tun war, zu ihrem ermordeten Gatten durch Bekundung der Wahrheit zu stehen. Nein, dieser Prozeß war ein politischer Tendenzprozeß, dieses Urteil ist ein politisches Tendenzurteil.

Es ist in der belagerten Festung Zion, in der jüdischen Hauptstadt Jeruschalajim gesprochen worden — dieses Urteil. Von Richtern der Kolonialbriten, unter Assistenz von jüdischen politischen Bankrotteuren, Feiglingen und Dummköpfen. Gegen einen jungen jüdischen Patrioten.

An dieser Stelle ist das Wesen der britischen Politik in Palästina oft beleuchtet worden. Es ist gezeigt worden, daß dem politischen Gangstertum der Kolonialbeamtenschaft und der Stimmung eines das jüdische Land beherrschenden Sozialistentums, die in der Parole „Nach uns die Sintflut" zum Ausdruck kommt, nichts anderes im Wege steht als das patriotisch-jüdische Element der Weltjundenheit: die Revisionisten. Abraham Stavsky ist ein Revisionist, ein jüdischer Patriot. In ihm soll der Revisionismus getroffen werden, durch seine Hinrichtung soll der judenstaatlerische Patriotismus hingerichtet werden, auf daß das Kolonialbeamtentum dunkle britische Kolonialpläne verwirklichen könne und ein sozialistischer Machtapparat erhalten bleibe. Noch nie hat ein Prozeß eine solche Groteske offenbart, wie es die ist, die imperialistische politische Dunkelmänner Arm in Arm mit menschheitsbefreienden Sozialisten zeigt, die Buldoggengesichter einer infamen Kolonialpolizei neben der verklärten Intellektualfratze von jüdischen Internationalisten, den Koloniallord und den proletarischen Volkshelden.

Wer will da von Justizirrtum reden? Wozu das Wort „Justizmord" abnützen? Das Todesurteil gegen Abraham Stavsky ist kein Justizirrtum und kein Justizmord. Es ist vorbedachter, ausgeklügelter, infernalisch ersonnener Menschenmord, der sich zum Volksmord steigern soll, zur Vernichtung einer Idee und eines Willens. Die Idee heißt Judenstaat. Der Wille ist der jüdische Volkswille.

In der belagerten Festung Zion ist ein Galgen aufgerichtet. Wird er lange dort stehen? Wer die jüdische Geschichte kennt, der kennt die Antwort!

Ein Schandurteil:

Stavsky zum Tode verurteilt!

Aus Jerusalem wird über den Ausgang des Arlosoroff-Mordprozesses berichtet:

In Erwartung des Urteils.

Von 7 Uhr morgens drängten sich dichte Menschenmengen in Erwartung des Urteils um das Gerichtsgebäude. Unter den Wartenden fielen langbärtige Rabbiner durch ihre ehrwürdige Erscheinung auf. Alle Eingänge waren von verstärkten englischen und lokalen Polizeiabteilungen bewacht. Auf dem menschenerfüllten Russischen Platz vor dem Gerichtsgebäude waren zahlreiche Polizeipatrouillen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bereitgestellt, im Gerichtsgebäude selbst befanden sich starke Polizeireserven, Polizeiabteilungen, zum Teil berittene, durchzogen die Hauptstraßen, um etwaige Unruhen im Keime ersticken zu können.

Um 9 Uhr morgens wurden Rosenblatt und Stavsky in den Gerichtssaal geführt. Beide schienen gut gelaunt zu sein und plauderten lächelnd miteinander und mit Stavskys Mutter, die in Sprechweite von der Anklagebank saß.

Der Wortlaut des Urteils.

Das Urteil hat folgenden Wortlaut:

„Die Mehrheit des Gerichts erkennt zu Recht, daß Stavsky in Tel-Aviv in der Nacht vom 16. zum 17. Juni mit vorgefaßter Tötungsabsicht an der vorbedachten Ermordung Dr. Arlosoroffs teilnahm, indem er ihm nachfolgte, auf ihn wartete, ihn anhielt, ihn mit einer elektrischen Taschenlampe ableuchtete und der Verübung des Verbrechens beiwohnte, wodurch er Artikel 170 des Strafgesetzbuches, Abschnitt 3 §§ B und C der Criminal Law Amendment Ordinance Nr. 22 ex 1927, verletzt hat.

Bezüglich des Angeklagten Rosenblatt findet das Gericht nicht den wesentlichen Zeugenbeweis zur Erhärtung seiner Identifizierung durch Frau Arlosoroff, wie er in Abschnitt V der Criminal Law Amendment Ordinance vom Jahre 1924 gefordert wird. Rosenblatt wird deshalb von dem Verbrechen, dessen er beschuldigt wurde, freigesprochen.

Was die Ersatzansprüche betrifft, so hält es das Gericht nicht für angebracht, von dem ihm im Abschnitt VI der Gerichtsordnung von 1925 eingeräumten Recht Gebrauch zu machen.

Der Angeklagte Stavsky wird nach dem Gesetz den Tod erleiden."

Das Urteil wurde von dem Publikum in den Straßen mit tiefer Niedergeschlagenheit entgegengenommen. Vor den überall angeschlagenen Extra-Ausgaben sammelten sich dichte Gruppen an, die, bei aller Zurückhaltung, ihrer Mißbilligung des Urteils Ausdruck gaben. Die Verurteilung Stavskys bildet in Palästina den einzigen Gesprächsstoff.

Stavsky ruft: „Ein Akt der Provokation!"

Das Urteil machte auf alle im Gerichtssaal Anwesenden einen außerordentlichen Eindruck und wurde von der Zuhörerschaft mit ergriffenem Schweigen aufgenommen. Nach der Verlesung des Urteils schrie Stavsky auf: „Ich bin nicht schuldig!" Seine Mutter rief: „Er ist unschuldig!" Stavsky wurde hierauf gestattet, noch eine Erklärung abzugeben. In äußerst erregtem Tone erklärte er:

„Ich weiß von nichts. Als der Mord geschah, schlief ich in Jerusalem im Turgeman-Hotel. Dies ist ein Akt der Provokation seitens der jüdischen Arbeiterpartei und der Palästina-Regierung gegen mich. Ich bin völlig unschuldig. Ihr Richter trägt die Verantwortung für mein Leben und für das Leben meiner Eltern. Diejenigen, die hier falsch geschworen haben, werden ein schuldbeladenes Gewissen haben. Ich glaube, daß britisches Gerechtigkeitsgefühl in England euch lehren wird, was es heißt, Unschuldige zu verurteilen! Ihr habt hier ein Urteil gegen die Ehre eines ganzen Volkes, nicht gegen die meine, gefällt, denn ich bin unschuldig."

Nach diesen Worten fiel Stavskys Mutter dem Verurteilten mit einem Auf-

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Warum freuen sich die Leute so . . . ?"

In einer Warschauer jüdischen Tageszeitung war eine kurze Notiz zu lesen, die feststellte, daß die sozialistischen Zionisten dieser Stadt, als das Todesurteil gegen Abraham Stavsky bekannt wurde, sich versammelten und vor Freude sangen und tanzten.

Es gab einmal einen jüdischen Prozeß, der die Freiheitsbewegung des Zionismus einleitete: den Dreyfus-Prozeß. Theodor Herzl, der Schöpfer dieser zionistischen Freiheitsbewegung des Judenvolkes, dessen Sohn Dreyfus war, sah mit an, wie der Jude Dreyfus diffamiert, verhöhnt, gequält wurde. Im ersten Augenblick glaubte auch er, wie eben alle, daß Dreyfus des Verrates an Frankreich schuldig sei. Der kürzlich verstorbene österreichische Dichter Herrman Bahr schreibt dazu: „Ihm fiel die Grausamkeit auf, mit der der Akt vollzogen wurde... Herzl wunderte sich nur im Stillen über die sichtliche Freude, mit der die Strafe vollzogen wurde, fast als ob es ein Volksfest wäre. Warum freuen sich die Leute so? Die Frage ließ ihn nicht los und als das Schauspiel vorüber, die freudige Erregung aber noch auf allen Mienen zu lesen war, fragte Herzl: ‚Warum freuen sich die Menschen alle so?'"

Sozialistische Zionisten sangen und tanzten, als sie erfuhren, daß der Herzl-Zionist Stavsky zum Tode verurteilt sei. Ja, sie freuen sich so...

Der Kolonienminister weiß nicht.

London. Im Unterhaus fragte der Abgeordnete Wedgwood den Minister für Kolonien, ob er mitteilen wolle, auf Grund welcher Bestimmung des Strafgesetzes gegen Achi-Meir ein Verfahren eingeleitet wurde, und wann die Organisation, der angehört zu haben er beschuldigt wird, als illegal erklärt wurde. Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte, er sei nicht im Besitz der zur Beantwortung dieser Anfrage notwendigen Informationen, werde sie aber vom High Commissioner von Palästina einholen.

Kolonienminister „sieht keinen Grund" . . . .

London. Im Unterhause richtete der Abgeordnete D. G. Somerville an den Minister für die Kolonien die Frage, ob er im Hinblick auf die Beunruhigung der jüdischen Bevölkerung Palästinas wegen der Einschränkung der jüdischen Einwanderung in dieses Mandatsgebiet bereit sei,

eine unparteiische Untersuchung darüber zu veranlassen, ob die Zahl der letztbewilligten Einwanderungs - Zertifikate dem vollen Ausmaße der Aufnahmefähigkeit des Landes entspricht.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte, die Aufnahmefähigkeit Palästinas könne am besten von Zeit zu Zeit durch den High Commissioner, der die dauernde Verantwortung für die Verwaltung des Gebietes trägt, beurteilt werden. Nach der Ansicht des High Commissioner seien genügend Einwanderungs - Zertifikate bewilligt worden; er, der Kolonienminister, sehe keinen Grund für die vorgeschlagene Einsetzung einer unparteiischen Kommission.

Palästina - Einwanderungs - Zertifikate für die Agudah.

Jerusalem. Die Exekutive der Jewish Agency hat der Agudah Israel 350 Einwanderungs - Zertifikate zur freien Verteilung überlassen.

Das Brandmal der Britenschande.

Jerusalem. Das Gericht in Tel-Aviv verkündete heute das Urteil gegen fünf jüdische Jugendliche und einen 14jährigen Schulknaben, die wegen Teilnahme an den Unruhen in Tel-Aviv am 23. Mai angeklagt waren. Die Unruhen fanden bekanntlich im Zusammenhang mit dem von der Führung des jüdischen Jischuw proklamierten jüdischen Generalstreik als Protest gegen die Einschränkung jüdischer Einwanderung seitens der Regierung statt.

Vier der Jugendlichen wurden zu je drei Monaten, der fünfte zu einem Monat Gefängnis und der Schuljunge zu zwölf Peitschenhieben verurteilt.

Der Knabe schluchzte bei der Verkündung des Urteils. Der Polizeirichter sagte ihm, die Strafe sei wohl eine strenge, er mußte sie aber aussprechen, weil eine leichte Strafe ohne Wirkung sein würde.

*

Im Jüdischen Nationalheim werden jüdische Schulkinder mit der Peitsche behandelt — von den britischen Hütern des Gesetzes. Dieses Brandmal der britischen Kolonialschande in Palästina, seht es euch an, ihr Juden der Welt!

Was will Abdullah in London?

Jerusalem. Im Zusammenhang mit einer gegen Emir Abdullah anläßlich seiner Reise nach London erlassenen Proklamation wurden in den Wohnungen führender Mitglieder der transjordanisch-arabischen Exekutive Haussuchungen durchgeführt. Die arabische Exekutive hat an das Colonial Office ein Telegramm gerichtet, in dem dagegen protestiert wird, daß der Emir Land in Transjordanien an Juden verpachtet und damit den Zionismus ins Land bringe.

Die arabische Presse meldet, der Emir habe vor seiner Abreise erklärt, gewisse Kreise hätten den Vorschlag gemacht, er solle Verhandlungen über eine Vereinigung Palästinas mit Transjordanien einleiten; er halte jedoch die Behandlung dieser Frage für verfrüht. Doch werde er, falls an ihn in London Fragen betreffend Palästinas gestellt werden sollten, auf diese Fragen antworten.

London sagt: Nichts . . .

London. Vom Colonial Office wurde dem Londoner JTA-Büro mitgeteilt, daß es sich bei dem Besuch Emir Abdullahs um einen reinen Höflichkeitsbesuch ohne offiziellen Charakter handelt.

Arabische Nazi-Organisation in Palästina.

Jerusalem. Die angesehene ägyptisch-arabische Tageszeitung „El Mokattam" bekräftigt durch einen autoritativ ihr zugegangenen Bericht

das Bestehen einer arabischen nationalsozialistischen Jugendorganisation in Palästina, die nach den gleichen Richtlinien wie die deutsche nationalsozialistische Partei aufgebaut worden ist.

Laut „Mokattam" verfolgt die Bewegung drei Ziele: 1. In Palästina eine Bewegung ähnlich der des deutschen Nationalsozialismus organisatorisch aufzubauen; 2. den Zionismus und seine Ziele zu bekämpfen; 3. einen Kontakt der arabischen Jugendbewegung mit der nationalsozialistischen Partei in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Fricks Palästina-Besuch vor dem Unterhaus.

London. Im Unterhaus richtete Oberst Wedgwood an den Kolonienminister die Frage, ob der Regierung der Besuch des deutschen Reichsministers Dr. Frick in Palästina vorher angekündigt worden war. Sir Philipp Cunliffe-Lister erwiderte, es wurde der Regierung bekanntgegeben, daß Herr Frick mit Begleitung im Verlaufe seiner Mittelmeerreise zwei oder drei Tage in Palästina verweilen werde.

Wer hetzt die Warschauer Polizei auf die Revisionisten?

Warschau. Organe der politischen Polizei haben im Warschauer Lokal der Zionisten-Revisionisten eine Revision durchgeführt und sechs Mitglieder dieser Partei verhaftet.

Die Polizei erklärt, daß bei den Verhafteten belastendes Material und im Lokal auch Waffen vorgefunden wurden.

In der Erklärung wird nicht gesagt, was die Veranlassung zu dieser Haussuchung war und nach welcher Richtung die Untersuchung geführt wird. Es ist bekannt, daß die Zionisten-Revisionisten an dem innerpolitischen Leben in Polen als Partei nicht teilnehmen.

(Fortsetzung von Seite 1)

schrei um den Hals. Mit großer Mühe konnten Polizeibeamte die beiden trennen. Unter einer Bewachung von sieben Polizisten wurde Stavsky aus dem Saal geführt.

Der freigesprochene Rosenblatt wurde gesondert abgeführt, jedoch ohne daß ihm vorher die Handschellen abgenommen worden wären.

Berufung.

Der Hauptverteidiger R.-A. Horace Samuel hat gegen die Verurteilung Berufung eingelegt.

Revisionistische Proklamation

In einer vom Revisionistischen Zentralkomitee erlassenen Proklamation heißt es: Das Urteil wird das jüdische Volk überall in der Welt aufwühlen; es ist jedoch kein endgültiges und wird automatisch von einem Appellations-Gericht überprüft werden. Der Prozeß wurde in einer Atmosphäre von Verleumdung, Verhetzung und Blutdurst geführt; das Urteil des jüdischen Volkes ist wichtiger. Die Proklamation vergleicht den Fall mit der Inquisition, der Blutbeschuldigung und den Prozessen gegen Dreyfuß und Beilis und schließt, der Prozeß sei mit dem Ziel geführt worden, die Spaltung in den jüdischen Reihen zu vergrößern, die Einheit zu zerstören und die Juden an dem Kampf um ihre Existenz in der Zukunft zu behindern. Im Vertrauen darauf, heißt es zum Schluß, daß die Wahrheit triumphieren wird, fordern wir den Jischuw auf, Ordnung und Disziplin zu wahren.

Die revisionistische Zeitung „Chasith Haam" hat eine Extra-Ausgabe veranstaltet, in der die Bevölkerung zur Wahrung von Ruhe und Ordnung aufgefordert wird.

Telegramme Jabotinskys

Im Namen der Exekutive der Union der Zionisten-Revisionisten und der Betarführung hat Wladimir Jabotinsky anläßlich der Urteilsfällung im Jerusalemer Prozeß Telegramme an Rosenblatt, Stavsky und Horace Samuel gerichtet.

Das Telegramm an Rosenblatt lautet: „Die Judenheit, die Revisionisten und der Betar bleiben Ihres Heldengeistes eingedenk. Wie man Sie freigelassen hat, so wird man auch gezwungen sein, unseren Bruder Stavsky freizulassen."

Im Telegramm an Stavsky heißt es: „Wir beugen uns vor Ihrem Heroismus in dieser schrecklichen Feuerprobe. Wir sind überzeugt, daß Ihr Mut nicht sinken wird. Wir werden jetzt den Kampf um den Sieg führen, um Sie frei auf den Trümmern der Festungen unserer Feinde zu sehen."

Das Telegramm an Horace Samuel lautet: „Gestützt auf die einmütige Bewunderung der Judenheit für Ihre tapfere, glänzende Haltung sind wir unerschütterlich entschlossen, mit Ihnen den Kampf bis zum Endsieg fortzuführen."

Erklärung der Union der Zionisten-Revisionisten zum Todesurteil

Die Exekutive des Weltverbandes der Zionisten-Revisionisten veröffentlicht eine Erklärung, die u. a. besagt:

Das Verdikt des Jerusalemer Gerichtes in der Mordsache Arlosoroff, in einem Fall, der Monate lang die Weltjudenheit in Spannung hielt, ist eine Herausforderung nicht allein an das Rechtsbewußtsein, sondern auch an den gesunden Menschenverstand... Untersuchung und Prozeß nahmen nahezu ein Jahr in Anspruch. Sie waren ein Prüfstein für die Qualität des palästinensischen Gerichtswesens. Dieses hat die Prüfung nicht bestanden. Das Urteil ist moralisch und richterlich unerhört.

Achi-Meïr, der der Anstiftung angeklagt war, und Rosenblatt, der den eigentlichen Mord begangen haben soll, wurden freigesprochen; Stavsky aber, der nur der Mitschuld verdächtig war, wurde zum Tode verurteilt. Indem das Gericht Achi-Meïr und Rosenblatt freisprach und Stavsky verurteilte, versuchte es heuchlerisch, sein Verdikt in einen Schleier richterlicher Unparteilichkeit zu hüllen.

Jedem unvoreingenommenen Menschen muß es klar sein, daß dieses Verdikt ungerecht und ein Ergebnis äußeren Druckes und politischer Erwägungen ist, die weder mit Gesetz, noch mit Gerechtigkeit, noch auch mit Wahrheit etwas gemein haben. Ueber den wahren Charakter dieser Erwägungen kann kein Zweifel bestehen: Es wird ein Versuch unternommen, die durch den Arlosoroff-Prozeß unter den Juden hervorgerufene Spaltung und den innerjüdischen Hader zu erweitern und auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Weltjudenheit von der seitens der Palästina-Regierung verfolgten antizionistischen, in flagrantem Widerspruch zum Mandat stehenden, Politik abzulenken.

Der gesunde Menschenverstand und das Gewissen der Weltjudenheit sind durch dieses ungerechte Urteil tief betroffen und weigern sich, an die Schuld irgendeines der drei jungen Menschen, deren Unschuld vor Gericht so schlagend bewiesen wurde, zu glauben.

Die Juden in der ganzen Welt werden ihren Kampf um die endliche Kassierung eines so vorbedachten und bewußten Fehlspruches hartnäckig fortführen; denn man kann diesen Akt nicht anders nennen als: vorbedachten politischen Mord.

Ein weit ernsteres Problem ist aber durch dieses Urteil aufgeworfen worden. Bis jetzt hegte die jüdische öffentliche Meinung, obwohl sie das Palästina-Regime als dem Zionismus schädlich und dem Mandat zuwider verurteilte und sich ihm widersetzte, immerhin die Hoffnung, den Kampf um eine Reform des Regimes mit rein politischen Argumenten führen zu können. Von jetzt ab aber wird das jüdische Volk gezwungen sein, seinen Kampf auch auf das peinliche Gebiet der öffentlichen Moral auszudehnen, die in ihrem heiligsten und unberührbarsten Bezirk, in der Verwaltung des Rechts unter britischem Mandat, verletzt worden ist.

Dieses Ergebnis des Jerusalemer Prozesses hat überdies die Tendenz, das Mandatsregime als Ganzes mit der in seinem Polizei-Department herrschenden widrigen moralischen Atmosphäre, wie sie durch die zwecks Konstruierung eines Falles gegen Rosenblatt und Stavsky angewandten Methoden enthüllt wurde, zu identifizieren. Diese Methoden waren charakterisiert durch Trainierung von Zeugen; durch Versuche, den Angeklagten günstige Aussagen zu unterdrücken; durch Benützung von Agents-Provokateurs, die offenbar in einem ihnen vorgeschriebenen Sinne aussagen sollten und die, ebenso offenbar, für ihre Meineide bezahlt wurden; durch die vorbedachte wissentliche Unterlassung, die Angelegenheit Abdul Medschid und Issa Darwish zu untersuchen, was höchstwahrscheinlich zur Entdeckung der wirklichen Mörder Dr. Arlosoroffs geführt haben würde. Es scheint unvorstellbar, daß ein unter der Aegyde einer zivilisierten Regierung handelndes Gericht es dulden sollte, daß die Mörder ewig ungestraft bleiben sollten. In Palästina haben Regierung und Gericht ihnen offizielle Approbation gewährt. Wir werden keine Mühe scheuen, diesen Aspekt der Situation der öffentlichen Meinung der Welt, auch jenen Kreisen des englischen Volkes, deren Sinn für Ehrenhaftigkeit im öffentlichen Leben nicht durch Prestige-Erwägungen geblendet ist, zur Kenntnis zu bringen.

Die Erklärung erhebt schwere Anschuldigungen gegen „gewisse jüdische Kreise", gegen eine „Körperschaft, die praktisch mit der Exekutive der Jewish Agency identisch ist und nur jene Parteien repräsentiert, die auf dem 18. Zionistenkongreß eine unbedeutende Mehrheit bildeten." Diesen Kreisen wird Mitschuld an dem „Justizmord" vorgeworfen.

Der 18. Kongreß, heißt es in der Erklärung weiter, ging aus Wahlen hervor, deren Atmosphäre vergiftet war durch einen weltumspannenden, die revisionistische Bewegung mit Mord belastenden Feldzug. Auf diese Weise wurden den revisionistischen Kandidaten Zehntausende Stimmen geraubt. Die gleichen Methoden belasteten die Verhandlungen des Kongresses selbst. Es gibt keinen Zionisten in der ganzen Welt, der nicht weiß, daß ohne diesen Feldzug der Blutbeschuldigung der 18. Kongreß von einer völlig anders gearteten Majorität beherrscht worden wäre; selbst die Mitglieder der jetzigen zionistischen Exekutive wissen das... In der Erklärung wird gegen die Exekutive die Beschuldigung erhoben, daß sie,

„um ihr Gesicht zu wahren", diese Methoden fortsetzte bis zur „Schuldigsprechung eines unschuldigen jungen Juden."

In der Erklärung wird dann gesagt, daß in jeder „organisierten Nation" unter solchen Umständen der sofortige Rücktritt der Exekutive erzwungen worden wäre, daß aber ein „in der Zerstreuung lebendes Volk" hiezu nicht den genug konzentrierten Druck hat. An die zionistischen Parteien, die an der Exekutive nicht teilnehmen, wird die Frage gerichtet,

ob es nicht an der Zeit sei, einen „Neubau von Herzls Zionistischer Weltorganisation auf neuen und klaren Grundlinien" vor sich gehen zu lassen.

Zum Schluß heißt es:

Abraham Stavsky senden wir unsere achtungsvollen Grüße. Das jüdische Volk ist von seiner Unschuld unerschütterlich überzeugt und voller Bewunderung der festen Würde, mit der er dem furchtbaren Schicksal standhält.

Das jüdische Volk wird kämpfen, bis seine, Stavskys, Ehre, Freiheit und Leben voll gerechtfertigt sind.

Wir aber, seine Brüder im politischen Glauben, sind stolz auf ihn und wollen Führer in dieser Schlacht sein und sie gewinnen. Das jüdische Volk bewundert den Führer der Verteidigung Horace Samuel und seine Kollegen Kaisermann und Benjamini, die für die Sache der Gerechtigkeit mit so viel Tapferkeit, Energie und Talent gekämpft haben. Und das Volk hat den Wunsch, diese Männer glauben zu machen, daß ihre, jetzt unzerstörbar im Buche der jüdischen Geschichte verzeichneten, Anstrengungen als eine Inspiration und als ein Leitstern in diesem Kampf um die endliche Befreiung Stavskys, der bis zum Siege des Rechtes fortgeführt werden wird, dienen werden.

Der letzte Akt vor dem Schandurteil

Jerusalem. Zur selben Stunde, da in Tel-Aviv das Grabdenkmal für Dr. Arlosoroff enthüllt wurde, am Vormittag des 6. Juni, begann in Jerusalem Oberstaatsanwalt Trusted sein Plaidoyer. In Anbetracht der außerordentlichen Kompliziertheit des Falles fand man seine Rede, obwohl sie zwei Stunden in Anspruch nahm, überraschend kurz. Der Oberstaatsanwalt verlangte vom Gerichtshof, daß er Abraham Stavsky und Zwi Rosenblatt schuldig spreche, und stützte diese Forderung auf sieben Punkte, die er einzeln näher erörterte: Erstens auf die Aussage Frau Arlosoroffs, die fest behauptet, in den Angeklagten die Mörder erkannt zu haben; zweitens auf die Aussage Mosche Weisers, der zur Zeit der Tat am Strande von Tel-Aviv war und behauptet, beim Aufleuchten der Taschenlampe Stavskys Silhouette erkannt zu haben; drittens auf die Aussagen der Spurensucher; viertens auf die Zeugenaussage Abdul Medschids; fünftens auf die Identifizierungsvorführung, bei der Frau Arlosoroff Stavsky und sechstens auf diejenige, bei der sie Rosenblatt erkannt haben will; siebentens auf die Vofälle bei der Versammlung in Kfar Saba. Der Oberstaatsanwalt erklärte, bei der Beurteilung des Falles müsse das Hauptgewicht auf die Aussage von Frau Sima Arlosoroff gelegt werden, da sie die Mörder gesehen und erklärt habe, es seien Juden gewesen.

Der Verteidiger sagt: Ein arabisches Sittlichkeitsverbrechen!

Um 12 Uhr mittags begann der Verteidiger Horace Samuel mit seinem Plaidoyer. Er erklärte, bei dem Mord an Doktor Arlosoroff habe es sich

um ein unvorbereitetes Sittlichkeitsattentat, nicht aber um einen politischen Mord gehandelt.

Der Fall habe mit den Persönlichkeiten der beiden Angeklagten Stavsky und Rosenblatt nichts zu tun.

Der Verteidiger begann mit einer Schilderung der Atmosphäre, in der das Verfahren eröffnet wurde. Die Polizei habe ein brennendes Interesse daran gehabt, um

jeden Preis jemanden als Mörder ausfindig zu machen, weil bei der Aufklärung dieser Mordtat ihr ganzes Prestige auf dem Spiele stehe. Um ihr Interesse zu wahren, habe sie irgend jemanden mit dem Verbrechen in Verbindung bringen müssen. Wenn der Gerichtshof diesen Umstand in Betracht ziehe, dann werde er auch den Geist des gesetzwidrigen ränkevollen Vorgehens der Polizei in diesem Fall erkennen. Es liege auf der Hand, erklärte der Verteidiger weiter, daß zwischen Arbeiterparteilern und Revisionisten ein scharfer Gegensatz bestand, und daß es daher im Interesse der einen Partei lag, den Mordfall für ihre Zwecke auszunutzen. Infolge des vorschriftswidrigen Vorgehens der Polizei seien eine Anzahl politischer Dokumente verschwunden.

Wo zum Beispiel, fragte der Verteidiger, ist der erste Bericht des Spurensuchers, der offenbar vernichtet wurde? Wo ist das mit Subhi el Zablavi aufgenommene Protokoll? Wo sind die Photographien, die sich in einer Tasche der Jacke Rosenblatts befanden und von der Polizei beschlagnahmt wurden? Ich werde dem Gericht nachweisen, erklärte Rechtsanwalt Samuel weiter, daß die Alibi-Zeugen von der Polizei feindselig behandelt wurden. Die Polizei hat verschiedenes gemacht, was sonst in solchen Fällen nicht gemacht wird.

Es liege kein Beweis vor, daß die Revisionisten Gründe hätten, Dr. Arlosoroff zu ermorden. Der politische Gegensatz zwischen Revisionisten und Arbeiterparteilern habe nicht eine solche Schärfe erlangt, daß er zur Ermordung eines glänzenden Parteimanns hätte führen können. Die beiden jungen Leute, die hier auf der Anklagebank sitzen, haben mit dem Mord nichts zu tun, wiederholte der Verteidiger. Es war ein spontan unternommenes Sittlichkeitsattentat.

Frau Arlosoroff lügt.

In der Nachmittagssitzung des 6. Juni fuhr der Verteidiger Horace Samuel in seinem Plaidoyer fort und gab eine eingehende Analyse der Aussagen von Frau Sima Arlosoroff. Er führte aus:

Stavsky traf am Freitag, den 16. Juni 1933, 6 Uhr nachmittags aus Tel-Aviv in Jerusalem ein. An dem gleichen Nachmittag kam Dr. Chaim Arlosoroff aus dem Kinderdorf Ben Shemen, wo er mit dem High Commissioner Sir Arthur Wauchope gefrühstückt hatte, nach Tel-Aviv. Wie konnten Stavsky und Rosenblatt wissen, daß Dr. Arlosoroff in Tel-Aviv zu bleiben gedenke, wie konnten sie wissen, wo er den Abend verbringen werde, wie konnten Stavsky und Rosenblatt, die miteinander keinen Verkehr hatten und in weit voneinander liegenden Orten weilten, miteinander in Verbindung treten? Es liegt auch nicht die Spur eines Beweises vor, daß Stavsky Rosenblatt oder Rosenblatt Stavsky kannte. Alle die von Frau Arlosoroff geschilderten Umstände weisen klar auf ein Sittlichkeitsattentat hin. Frau Arlosoroff sah nicht das Gesicht des Schießenden, weil dieser nach ihrer eigenen Aussage eine solche Stellung einnahm, daß sie sein Gesicht nicht sehen konnte. Trotzdem hatte sie das Gefühl, daß in seiner Haltung ihr gegenüber etwas Unheimliches lag. Frau Arlosoroff hat selbst auf die Ermordung des jüdischen jungen Mannes Stahl und seiner Begleiterin, des jüdischen Mädchens Zohar, am Strande nicht sehr weit von Tel-Aviv hingewiesen. Stahl ist von Arabern durch Messerstiche getötet worden, die Zohar wurde vergewaltigt und starb an den Folgen. Diese von Frau Arlosoroff angedeutete Assoziation zeigt, daß sie ein Sittlichkeitsattentat fürchtete;

die orientalische Geste, die der Schütze ihr gegenüber machte und die sie nicht verstand, muß eine im Orient übliche Geste mit sexueller Betonung gewesen sein — gewiß aber keine jüdische Geste, denn eine solche hätte sie doch deuten können.

Es kommt noch folgendes hinzu: Dr. Arlosoroff wurde nicht sofort nach Begegnung erschossen, er wurde zuerst mit den Worten apostrophiert: „Kama Haschaah" (wieviel Uhr ist es?) Als der Attentäter sich ihm näherte, zeigte er noch nicht seinen Revolver. Hätte es sich um einen vorbedachten Mord gehandelt, so hätten die Mörder den Revolver bereit gehalten. Nein, um einen vorbedachten politischen Mord könne es sich hier nicht handeln. Die Mörder haben nicht einmal das Wort „Tel Chai" (Kampfruf und Grußwort des Brith Trumpeldor) gerufen.

Horace Samuel machte auch eine Andeutung betreffend das Zusammenleben des Ehepaares Arlosoroff und sagte, das fast ideale Bild, welches Frau Arlosoroff von ihrem Spaziergang mit Dr. Arlosoroff entwarf, sei durch die Aussage des Zeugen Guth erschüttert, der bekundete, daß das Ehepaar vor dem Spaziergang miteinander gestritten hatte. Der Anklagevertreter hat diese Aussage Guths nicht in den Kreis seiner Erörterungen gezogen.

In Fortsetzung seiner Verteidigungsrede betonte Horace Samuel, daß Frau Arlosoroff bei ihrer ersten Aussage vor der Polizei erklärt hatte, beide Attentäter seien Araber gewesen, der eine ganz bestimmt. Frau Arlosoroff sei sicher gewesen, daß einer von den beiden mit arabischem Akzent sprach. Nach dem Gutachten Dr. David Yellins unterscheide sich der orientalische Akzent im Hebräischen deutlich von dem Akzent hebräisch sprechender Europäer. Wenn der Mann, der die Taschenlampe aufleuchten ließ, hebräisch sprach, so könne es nicht Stavsky gewesen sein.

Wenn Frau Arlosoroff jetzt ihre ursprünglichen Aussagen in Abrede stelle, so geschehe dies, um den Verdacht von den Arabern abzulenken.

Die Täter mögen vielleicht orientalische Juden gewesen sein. Warum verneine sie diese Möglichkeit? Offenbar auch nur, um den Verdacht von den Arabern abzulenken. Wenn Frau Arlosoroff jetzt erkläre, die Täter seien nicht Araber gewesen, so spreche sie die Unwahrheit. Als man ihr Photographien zwecks Erkennung der Täter vorlegte, sagte sie: „Zeigen Sie mir Photographien von Arabern". Jetzt leugnet sie, dies gesagt zu haben, wie sie so vieles andere leugnet.

Horace Samuel erinnerte nun daran, daß die Zeugin Kulczinski ausgesagt hat, sie habe gehört,

wie Frau Arlosoroff zu sich sprach: „Ich darf nicht vergessen, was ich der Polizei sagen muß."

Man müsse sagen, daß dies wohl ein seltsamer Ausspruch ist.

In der Nachmittagssitzung des Gerichtes am 7. Juni versuchte der Verteidiger Horace Samuel zu beweisen: 1. daß die von Stavsky und Rosenblatt geführten Alibi-Beweise als gelungen zu bezeichnen seien, da die Alibi-Zeugen zuverlässig sind, 2. daß die Polizei, nur um ihr Prestige zu retten, das Geständnis Abdul Medschids, wonach er und Issa el Darwish Dr. Arlosoroff ermordet hätten, unterdrückt hat. Wäre man, fuhr Samuel fort, dem Geständnis Abdul Medschids wirklich nachgegangen, so wären die Ergebnisse für die Polizei und ihr Prestige blamabel gewesen. Deshalb wurde eine Untersuchung nach dieser Richtung unterlassen. Samuel analysierte dann die Versuche der Polizei, die an der Mordstelle gefundenen Fußspuren als identisch mit jenen Stavskys und Rosenblatts zu erklären; diese Beweisführung, sagte Samuel, ist vollkommen zusammengebrochen.

Die Spurensucher haben absolut versagt, sie konnten die Schuhabdrücke der wirklichen Mörder garnicht finden, weil erstens diese Spuren von der Meeresflut verwischt waren und zweitens die Spurensucher absolut nicht die Fußabdrücke von Personen, die Herrn und Frau Arlosoroff zugewandt standen, finden konnten.

Drittens: Warum fanden die Spurensucher am Strande nicht den Abdruck des Körpers von Dr. Arlosoroff, der nach dem tödlichen Schuß zu Boden fiel? Viertens: Die Spurensucher haben nur Spuren von Schuhen mit Sporen-Ketten gefunden; weder Stavskys noch Rosenblatts Schuhe aber hatten Sporen-Ketten. Fünftens: Der Spurensucher Abu Rud bekundete, daß die Schuhe des kleineren Mannes an der Tatstelle halb-besohlt waren; die Schuhe von Rosenblatt aber, der der kleinere der beiden Angeklagten ist, waren ganz-besohlt. Sechstens: Insofern den Spurensuchern Geelgenheit gegeben war, im Gefängnishof Stavskys Schuhe am Tage vor der Identifizierungsvorführung zu besehen, muß der Wert dieser Vorführung gleich Null gesetzt werden. Siebentens: Zur Vorführung wurden nur fünf Personen gestellt, während das Gesetz acht Personen vorschreibt. Achtens: Avrum Schpiro, einer der geachtetsten und vertrauenswürdigsten Juden in Palästina, hat hier vor Gericht bezeugt, daß Abu Ruz selbst ihm gesagt habe, er verpfände seinen Kopf dafür, daß die Schuhabdrücke am Strande nicht die der Angeklagten Stavsky und Rosenblatt sind.

Das Urteil:

In der Sitzung des Gerichtes am Freitag, den 8. Juni, vormittags, verkündete der Vorsitzende Richter Corrie das Urteil.

Das Gericht fand Stavsky des vorbedachten Mordes schuldig und verurteilte ihn zum Tode. Der zweite Angeklagte Rosenblatt wurde freigesprochen.

Das Gericht nahm den Alibi-Beweis Rosenblatts für gelungen an, während es den Alibi-Zeugen Stavskys, denen andere Zeugenaussagen gegenüberstanden, keinen Glauben schenkte.

Das Urteil hat in der palästinensischen Oeffentlichkeit einen ungeheuren Eindruck gemacht; nach dem Verlauf des Prozesses wurde allgemein ein Freispruch beider Angeklagter — nachdem der dritte Angeklagte Achi-Meir noch mitten im Prozeßverlauf außer Verfolgung gesetzt worden war — erwartet.

Etwas über Justiz-Irrtümer

Fall Beck u. a.

Eines der krassesten Beispiele ungerechter Verurteilung ist der Fall Adolf Beck. Beck wurde im Jahre 1896 für eine Reihe von Erpressungen an Frauen zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde im Jahre 1901 befreit, aber im Jahre 1904 zum zweiten Male für weitere Verbrechen ähnlichen Charakters verurteilt. Das erste Mal agnoszierten Beck zehn Frauen und das zweite Mal fünf. Ein Sachverständiger behauptete vor Gericht, daß die Briefe des wirklichen Verbrechers in Becks Handschrift geschrieben waren. Dazu kamen noch zwei Gefängniswärter, die irrtümlicherweise Beck für den früheren Sträfling Smith hielten (übrigens wurde später festgestellt, daß die Erpressungen, die Beck zugeschrieben wurden, in Wirklichkeit Smith verübt hat). Selten waren Beweise so überwältigend, wie im Falle Beck; und dennoch stellte sich später heraus, daß Beck vollständig unschuldig war. Das Ministerium des Innern mußte ihm 5000 Pfund an Entschädigung zahlen. Es vergingen jedoch neun Jahre, bis es Adolf Beck gelang, seine Unschuld zu beweisen!

Wenn man das Beweismaterial der Anklage im Falle Beck betrachtet, so ergibt sich, daß außer der Aussage des Sachverständigen und der beiden Gefängniswärter noch fünfzehn unabhängige Personen erstellt wurden, die unter Eid behaupteten, gesehen zu haben (jede bei einer anderen Gelegenheit), wie Beck die Verbrechen verübte. Das Beweismaterial war in der Tat überwältigend. Trotzdem wurde später einwandfrei festgestellt, daß es vollständig falsch war und die auf dessen Grund geübte Prozedur völlig verfehlt.

Im Jahre 1876 wurde der 18jährige William Habron wegen Ermordung eines Polizisten in der Umgebung von Manchester zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde aber auf Grund seiner Minderjährigkeit in eine Kerkerstrafe umgewandelt. Nach zwei Jahren gestand Charles Peace, der für ein anderes Verbrechen verurteilt worden war, daß der genannte Polizist gleichfalls von ihm ermordet wurde. Die Untersuchung bekräftigte Peaces Geständnis. Habron wurde befreit.

Im Jahre 1869 wurde Priscilla Biggadyke wegen Giftmordes an ihrem Manne zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sie beteuerte ihre Unschuld bis zur letzten Minute. Nach vielen Jahren gestand ein Mann auf seinem Totenbette, daß er ohne Wissen der Frau Biggadyke dem Manne Gift in eine Speise gegeben habe.

Um noch ein Beispiel eines Justizmordes anzuführen: Im Jahre 1905 wurden vier Leute unter Mordbeschuldigung in Kalifornien hingerichtet. Später stellte sich heraus, daß drei von ihnen vollständig unschuldig waren.

Die meisten der obengenannten Fälle (und viele andere, hier nicht erwähnte) hatten falsche Agnoszierung zum Grunde. So zeigt es sich, wie unzuverlässig Zeugenaussagen über Identität von Personen sind. Manchmal handelt es sich um wissentlich falsche Zeugenaussagen. Aber die meisten Fehlurteile entstehen durch irrtümliche Zeugenaussagen, die durchaus in Treu und Glauben gemacht werden.

Ganz oberflächlich gesehen, sollte bei einer Vielheit des Beweismaterials ein Irrtum ausgeschlossen sein. Dennoch ist eine Agnoszierung durch zwei Zeugen keinesfalls ein sicherer Beweis, daß der Angeklagte der gesuchte Verbrecher sei. Zwei Zeugen können nicht ganz unabhängig voneinander sein, sie können dasselbe Lichtbild des unter Verdacht stehenden Mannes gesehen haben, oder auf Grund einer gewissen Aehnlichkeit, eventuell desselben suggerierenden Gedankens, „agnoszieren". Das krasseste Beispiel sind die fünfzehn bona fide-Zeuginnen im Falle Beck.

Außer der Tatsache, daß irrtümliche Agnoszierungen zu schweren Fällen falscher Rechtsprechung führen, sei noch bemerkt, daß Konfrontationen der Zeugen mit den Verdächtigten zwecks Identifizierung vom Anfang bis zum Ende in Händen der Polizei liegen, d. h. unter der Aufsicht der Anklage. Unter diesen Umständen ist wenig Gewähr vorhanden, daß die letzteren vollständig unparteiisch und objektiv durchgeführt werden. Persönliche Agnoszierung als Beweismittel ist also von zweifelhaftem Wert. So stellt sich auch der Fall Stavsky im Mordprozeß Arlosoroff dar.

Eva Lewin

Palästina-Einwanderung vor der Mandatskommission des Völkerbundes.

Genf. Der Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur erfährt, daß im Verlauf der Palästina - Aussprache in der Sitzung der Mandatskommission des Völkerbundes

die Frage der einschränkenden Politik der Mandatarmacht gegenüber der jüdischen Arbeiter-Einwanderung ziemlich ausführlich behandelt wurde.

Ein Mitglied der Kommission hat den Vertreter der Mandatarmacht gefragt, warum zwischen den Zertifikat-Anforderungen der Jewish Agency und der von der Regierung bewilligten Zahl der Zertifikate für Arbeiter-Einwanderer ein so großer Abstand zu verzeichnen ist. Wenn zum Beispiel die Exekutive der Jewish Agency für das Halbjahr April/September 1934 eine Anforderung von 20.100 Zertifikaten gestellt und von der Regierung 5600 Zertifikate zugebilligt bekommen hat, so wäre es interessant zu wissen, aus welchen Gründen die Palästina-Regierung eine so drastische Behandlung der Anforderung der Jewish Agency für notwendig gehalten hat; ob sie glaubt, daß die Schätzungen des Arbeiterbedarfes seitens der Jewish Agency nicht ernst genug durchgeführt worden sind.

Der Vertreter der Mandatarmacht erwiderte zunächst, daß in der Regel die der Regierung von der Exekutive der Jewish Agency für Palästina unterbreiteten Zertifikat-Anforderungen durchaus gewissenhaft ausgearbeitet seien und von der Regierung auch sehr gewissenhaft geprüft werden. Die Regierung müsse jedoch bei Bemessung der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes vorsichtig zu Werke gehen und insbesondere darüber wachen, daß die Arbeiter-Einwanderer eine ständige und nicht nur zeitweilige Beschäftigung finden. Ein Großteil der von der Jewish Agency geforderten Zertifikate bezöge sich jedoch auf zeitlich beschränkte Arbeitsmöglichkeiten. Andererseits müsse auch dem Umstande Rechnung getragen werden, daß alljährlich eine immer größere Anzahl von jungen Palästinensern ins Berufsalter tritt und Arbeitsplätze besetzt.

Im Verlauf der Debatte sprach ein Kommissionsmitglied von der Gefahr, die eine übermäßige Einwanderung von Kleinkapitalisten zu ungunsten der Arbeiter-Einwanderer in sich bergen kann. Der Vertreter der Mandatarmacht versicherte, daß die Regierung auch diese Seite des Problems nicht aus dem Auge lasse.

Um den Sabbathschutz in Palästina.

Jerusalem. Die Mitglieder der Exekutive des Misrachi-Weltverbandes Rabbi Meir Berlin, Rabbi Fishman und H. Farbstein, früher Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Warschau und Abgeordneter im polnischen Sejm, haben beim High Commissioner Sir Arthur Wauchope vorgesprochen, um ihm die Forderung nach Befreiung der jüdischen Regierungsangestellten vom Dienst an Sabbath- und anderen jüdischen Festtagen zu überreichen. Die Abordnung ersuchte darum, daß auch den beim Hafenbau in Haifa beschäftigten jüdischen Arbeitern die Einhaltung der Sabbathruhe ermöglicht werde.

Bei dieser Gelegenheit erhoben die Vertreter des Misrachi auch Vorstellungen betreffend die Einschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina.

Palästina-Wirtschaft

Messeschluß in Tel-Aviv.

Tel-Aviv. Die am 26. April eröffnete Levante-Messe in Tel-Aviv wurde nach fast sechswöchiger Dauer am 5. Juni geschlossen. Die Messe, die einen außerordentlichen Erfolg aufzuweisen hatte, ist von über 600.000 Gästen besucht worden. Die nächste Levante-Messe wird im Jahre 1936 abgehalten werden.

Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär für Ueberseehandel Colonel Colville auf eine Frage, daß allein in den ersten drei Wochen die Levante-Messe von mehr als 250.000 Personen besucht wurde und daß England gute Aussichten auf Warenaufträge hat.

Neue Gesellschaft für die Industrieentwicklung

Jerusalem. Eine neue Gesellschaft zur industriellen Entwicklung Palästinas wurde soeben in Jerusalem mit einem Grundkapital von 100.000 Pfund gegründet. Einer der Gründer der Gesellschaft ist Lord Melchett, in London, der in der Gründungssitzung erklärte, das neue Unternehmen bezwecke die Entwicklung Palästinas gemäß den Errungenschaften des 20. Jahrhunderts; es werde von prominenten Finanzleuten in Palästina, Aegypten, England, Amerika und Südafrika gestützt. Emanuel Newman, der leitende Direktor der neuen Gesellschaft, früher Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, erklärte u. a., die Anglo-Palestine Bank stehe hinter der neuen Gründung, die von Persönlichkeiten wie Lord Melchett, Michael Haskel (bekannter Finanzmann aus Johannisburg) und Nathaniel Goldstein aus New York getragen wird. Der Generaldirektor der Anglo-Palestine Bank M. Hoofien unterstrich die Notwendigkeit einer solchen Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas.

Absatzmöglichkeiten für Tabak. Der Tabak-Anbau ist bekanntlich der zweite Haupterwerbszweig in Rosch-Pina. Früher wurde der größte Teil der Produktion nach Polen exportiert (etwa 50.000 kg jährlich), während der Rest auf dem palästinensischen Markte abgesetzt wurde. Infolge der von Polen erlassenen teilweisen Tabak-Einfuhrsperre ist ein großer Lagerbestand in Palästina liegen geblieben, und obgleich die Bauern während der Jahre 1932/33 den Tabakanbau eingeschränkt haben, beträgt der lagernde Warenbestand noch immer ca. 50.000 kg. Um den Exportausfall auszugleichen, bemüht sich das Tabak-Syndikat in Rosch-Pina, im Lande selbst Absatzmöglichkeiten zu finden. Diesbezügliche Verhandlungen mit inländischen Tabakfabriken (insbesondere mit der Firma Maspero frere), die sich bisher gegenüber dem palästinensischen Tabakangebot sehr ablehnend verhielten, haben einige Zusagen der Fabriken gezeitigt.

Landwirtschaftsbank. Die Regierung beabsichtigt die Gründung einer Landwirtschaftsbank für Palästina mit 400.000 £P Aktienkapital; hiervon sollen jüdische Banken und Organisationen 100.000 £P, englische Versicherungsgesellschaften („Guardian" und „Prudential") 225.000 £P und arabische Körperschaften 75.000 £P zeichnen.

Orangen-Großlagerhaus. Das neue Orangen-Großlagerhaus der Firma Kastelianski in Rechowoth ist soeben vollendet worden. Mittels modernster Lager- und Transporteinrichtungen ermöglicht es die Beförderung von 1½ Millionen Kisten pro Saison. 15 Eisenbahnwaggons können gleichzeitig beladen werden. Ein ähnliches Großlagerhaus soll in Petach-Tikwah errichtet werden.

Neues Orangenzentrum. Im Mittelpunkt des Emek Jesreel, bei Afuleh, wird gemäß den Beschlüssen der dortigen Grundbesitzer und Siedler demnächst der Bau einer modernen Wasserversorgung (Bohrung auf 300 Meter Tiefe) beginnen, um hiedurch in dieser Gegend die Anlage neuer großer Orangen- und Grapefruits-Pflanzungen zu ermöglichen. An der Finanzierung des Wasserwerks, das den Ausblick auf ein neues Zentrum der Orangenwirtschaft erschließt, nehmen insbesondere der „Keren Hajessod" und die „Judea Insurance Company" teil.

Aktienkapitalserhöhungen. „Hakinyan, The Palestine Estate and Investment Company, Ltd.", von 10.100 auf 25.100 £P. — „Zori, Ltd.", von 1000 auf 4000 £P. — „Elite Chocolate and Sweets Factory, Ltd.", von 3025 auf 8000 £P. — „The General Mortgage Bank of Palestine, Ltd.", von 200.000 auf 250.000 £P.

Offene Handelsgesellschaften („Partnerships") „Laundry Barak", Jerusalem, Waschanstalt. — „Ramallah Arak Co.", Ramallah, Likörfabrik. — „Dr. Sternau, Max Cohn & Co.", Tel-Aviv, Lebensmittelhandlung. — „Sapir, Palestine Workshops for Marile und Stone", Jerusalem, Marmor- und Steinindustrie. — „Middle and Far East Trade Corporation", Jerusalem, Import, Export, Kommission. — „Mifal", Haifa, chemisch-technische Produkte. — „Nissim Alkalay & Sons", Haifa, Galanteriewaren. — „Dr. S. E. Soskin & Partners", Haifa, Treuhandfirma und Investierungsagentur. — „Ha'ahim Sherabanee", Tel-Aviv, Kolonialwaren, Galanterie- und Gummiwaren, Uhren. — „Ritz", Tel-Aviv, Hotelbetrieb. — „Goldschmidt & Schwabe", Tel-Aviv, Beleuchtungskörper u. Metallwaren. — „Mendel & Perlmann", Tel-Aviv, Fabrik verzinnter Drahtwaren. — „A. Soskin & Co.", Tel-Aviv, Zinkographie. — „Hevra Americait Eretz Israelit Le'otomobilim", Tel-Aviv, Autohandlung, Zubehör, Reparaturen. — „Cahol-Lavan, Blue-White Trading Co.", Tel-Aviv, Spedition. — „So-Mi, Solberg-Michaelis Chemical Works, Technical Works and Agencies", Tel-Aviv, chemische und technische Erzeugnisse. — „Jaschkowitz & Reißner", Tel-Aviv, Maschinen- und Industriebedarf. — „Tmuna", Jerusalem (Illustrations- und Buchdruckerei u. Verlag). — „Asda", Jerusalem (Import- und Agenturgeschäft). — „Pituach Jerusholaim", Jerusalem (Baugeschäft). — „Oestreicher & Pearl", Jerusalem (Mechanik- und Elektrowerkstätten). — „M. Shapiro & Co.", Haifa (Café und Restaurant). — „Shamir", Haifa (Marmor- und Steinindustrie). — „Bero", Haifa (Lebensmittel). — „Steambakery Jalag", Haifa (Brotfabrik). — „Kosmos", Haifa (Vermittlungsbüro). — „Café Kompanietz", Haifa (Café und Restaurant). — „Jalal ei Din el-Kabani & Muhd. Kheir el-Shribaty", Jaffa (Export und Import). — „Be'er Ha'm", Kfar Saba (Wasserversorgung).

Aus Genf:

Jabotinsky an die internationale Presse

Wladimir Jabotinsky und Doktor Wolfgang v. Weisl, die in den letzten Tagen in Zürich und in Bern in großen Versammlungen sprachen, haben in Genf vor einem kleinen Kreis internationaler Journalisten Erklärungen abgegeben, in denen sie die tragische Lage des jüdischen Volkes schilderten und die Politik der Mandatarmacht Palästinas unter besonderem Hinweis auf die Einwanderungsbeschränkungen für die arbeitenden Juden einer scharfen Kritik unterzogen. Die beiden revisionistischen Führer verließen nach eintägigem Aufenthalt Genf.

Die Erklärung Jabotinskys an die internationale Presse lautet u. a.:

Am 23. Mai d. J. brachte die jüdische Bevölkerung Palästinas die Gefühle ihres Protestes gegen die Art der Verwaltung seitens der Mandatarmacht durch einen siebenstündigen Generalstreik in allen Zweigen jüdischer Tätigkeit vehement zum Ausdruck.

Die Manifestation wurde mit einer Einmütigkeit durchgeführt, wie sie bei ähnlichen Anlässen selten erlebt worden ist; sie erfaßte das Proletariat und den Mittelstand aller Parteirichtungen.

Durch Stockschläge der Polizei in den Straßen von Tel-Aviv wurden in beträchtlicher Zahl sowohl Revisionisten als auch Sozialisten verletzt — einen schlagenderen Beweis der Einmütigkeit aller Juden gegenüber der Administration kann man sich nicht denken.

Alles das zu einer Zeit, in der Palästina eine Dauerperiode wirtschaftlicher Prosperität durchmacht. Die Leistungen der Zionisten haben auch bei antizionistischen Beobachtern aufrichtige Bewunderung gefunden. Es geht ein Zustrom ausländischen Kapitals ununterbrochen vor sich, private Initiative schafft täglich neue wirtschaftliche Gelegenheiten, ein Mangel an jüdischen Arbeiterhänden macht sich in allen Zweigen fühlbar. Ist es nicht bezeichnend, daß gerade in einer solchen Zeit eine mächtige und einmütige jüdische Manifestation vor sich geht, die ihre Wurzel hat in der Verzweiflung, in dem Gefühl, daß die gesamte Arbeit für den Aufbau eines jüdischen Palästina unter den obwaltenden politischen Bedingungen vergeblich, hoffnungslos ist und Resultate zeitigen muß, die dem eigentlichen Ziel der jüdischen Arbeit entgegengesetzt sind?

Die Judenheit Palästinas ist in vollkommenem Einklang mit der Weltjudenheit heute unerschütterlich davon überzeugt, daß die Palästina-Administration die Beschäftigung nichtjüdischer Arbeiter in den neuen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen der Juden erzwingen will; deshalb ermutigt sie die Einwanderung jüdischen Kapitals und hindert die Einwanderung jüdischer Arbeiter; sie nützt sowohl die zionistische Begeisterung als auch das jüdische Weltelend dazu aus, um auf Kosten jüdischen Geldes, Intellekts und opfervollen Pioniertums ein nichtjüdisches Palästina zu schaffen, wo, wie überall sonst, eine jüdische Minderheit als eine fremde Enclave — richtiger: in einem Ghetto — lebt.

Das jüdische Volk aber wird es nicht dulden, daß sein Idealismus und sein Vertrauen zu einem ihm feierlich gemachten internationalen Gelöbnis zu Zwecken ausgenutzt werden, die auf den grausamsten Ruin seiner Interessen und Hoffnungen hinausgehen.

Die Ereignisse am 23. Mai in Palästina haben bewiesen, daß die Palästina-Judenheit, Vorhut der zionistischen Weltbewegung, sich nicht länger einem solchen Regime zu unterwerfen gewillt ist und hierin der festen Stütze des ganzen Volkes sicher ist.

Diese Erklärung darf nicht als Zurückweisung des Mandatssystems oder als ein Protest gegen die Wahl Englands als Mandatarmacht aufgefaßt werden; aber unmißverständlich ist sie eine gewollte Verurteilung eines Regimes, das in jener Schule kolonialer Bürokratie ausgebildet worden ist, in deren Hände England die Verwaltung Palästinas zu legen beliebte; ein Regime, das unversöhnbar ist mit dem Geist des Mandates, schädlich den Interessen und dem guten Namen der Mandatar-Nation, und — des sind wir sicher — in der englischen öffentlichen Meinung selbst schärfste Verurteilung finden würde, falls die ganze Wahrheit über Palästina dem englischen Volk zum Bewußtsein gebracht werden sollte.

Geleitet von diesem hartnäckigen Glauben an die fairness des Volkes, in dessen Namen das Versprechen gegeben wurde, Palästina als das Nationalheim des jüdischen Volkes neu zu erbauen, hat die Weltunion der Zionisten-Revisionisten die Initiative zu einer jüdischen nationalen Petitionsbewegung ergriffen. Die Petition ist an die Regierungen der Länder der jüdischen Diaspora, an den Völkerbund und an Regierung, Parlament und Volk von Großbritannien und dem British Empire gerichtet worden.

Jabotinsky schilderte eingehend den Inhalt der Petition, erläuterte den Sinn der Balfour-Deklaration und der Formel „Jüdisches Nationalheim" als die klare Absicht, einen jüdischen Staat mit jüdischer Mehrheit zu schaffen, und führte dann aus, das jüdische Volk habe die festgegründete Ueberzeugung,

daß Palästina innerhalb seiner natürlichen und historischen Grenzen zu beiden Seiten des Jordan durchaus fähig ist, eine volle Lösung der Judenfrage herbeizuführen.

Wesentliche Bedingung sei die Oeffnung Transjordaniens für jüdische Einwanderung und Siedlung. Von autoritativen transjordanischen Kreisen wird dies gegenwärtig glühend gewünscht. Ein Hindernis bildet aber die Mandatar-Administration. Welche ungeheuren Möglichkeiten würden sich unserem Aufbauwerk eröffnen, wenn dieses sich auf Transjordanien ausdehnen dürfte, das beträchtlich größer ist als der westliche Teil und doppelt so lange nie sich erschöpfende Wasserlinien besitzt und dessen Bevölkerung nur den vierten Teil derjenigen Palästinas ausmacht. Würde Cis- und Transjordanien so dicht bevölkert sein wie das benachbarte Libanon, so würde es eine Bevölkerung von fünf bis sechs Millionen Seelen besitzen; bei Ausnutzung aller Möglichkeiten aber noch viel mehr, so daß wir im Verlauf weniger Jahrzehnte eines der tragischsten Probleme der Geschichte ohne jeden Schaden für unsere nichtjüdischen Nachbarn lösen könnten.

Jabotinsky erläuterte den Inhalt des von ihm der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes unterbreiteten Memorandums als eines der Zwischenstadien der Petitionsbewegung; in diesem Memorandum wird der klare Sinn der Balfour-Deklaration und des Mandats dahin erklärt, daß ein jüdischer Staat geschaffen werde (im Mandat ist die Rede von der „Wieder-Errichtung" des jüdischen Nationalheims). Jabotinsky schloß:

Wir sind des endlichen Sieges unserer Bewegung sicher im Sinne jenes Glaubens, dessen Tempel die Stadt Genf ist. Wir glauben an die unbesiegbare Macht einer justa causa, die im Namen von Leid und Hoffnung, von menschlichen Prinzipien und den Geboten der Gerechtigkeit kämpft.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs

Voranzeige:

GROSSES JUGENDMEETING

Thema: „Das Jerusalemer Schandurteil"

Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben.

Jüdische Welt

Schwarze Front und Judenproblem

Prag. Dr. Otto Strasser, der, ebenso wie sein Bruder Gregor Strasser, vor Jahren eine Führerrolle in der deutschen Hitler-Bewegung gespielt, sich aber später von Hitler gelöst und die „Schwarze Front" mit sozial-revolutionärem Programm gebildet hat, gibt seit einiger Zeit in Prag eine Wochenschrift „Die deutsche Revolution" heraus.

Nr. 5 der „Deutschen Revolution" ist in der Hauptsache dem jüdischen Problem gewidmet. Im Leitartikel wird der Antisemitismus eines Streicehr, auf dessen Niveau die Hitler-Partei herabsank, als eine „Verfälschung und Schändung der völkischen Idee" bezeichnet und erklärt: Der Nationalsozialismus hat mit dieser unvölkischen, undeutschen, unmenschlichen Lüge dieses antisemitischen Kampfes nichts zu tun. Mit aller Klarheit und rücksichtsloser Konsequenz gilt es vielmehr, zu betonen, daß gerade der völkische Standpunkt die Infamierung der Juden als „minderrassig" aus Ueberzeugung, Empfindung und Logik gleichermaßen ablehnt.

Die feierliche Absage an den Rassenwahn eines vulgären Antisemitismus — heißt es im Artikel weiter — findet ihre positiv-völkische Ergänzung in der Anerkennung der menschlichen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des jüdischen Volkes, dessen Andersartigkeit nicht die Möglichkeit und Notwendigkeit ausschließt, in achtungsvoller Zusammenarbeit gerade durch Erfüllung der Arteigenheit jedes Volkes den Willen der Schöpfung und damit den Sinn des Lebens zu erfüllen. Dies bedinge die grundsätzliche Anerkennung der Juden als einer „nationalen Minderheit" mit all jenen Rechten und Pflichten, die die Völker der Europäischen Föderation ihren nationalen Minderheiten einräumen, beziehungsweise auferlegen.

Der Artikel schließt: „So wenden wir jungen Deutschen uns an die Jugend des jüdischen Volkes und aller Völker Europas mit dem richtungweisenden Ruf: **Der Antisemitismus ist tot — es lebe die völkische Idee!"**

In einem von Dr. Otto Strasser persönlich gezeichneten, „Die Judenfrage" überschriebenen Artikel wird nach grundsätzlichen Ausführungen über „Entstehung eines Volkes aus einem Zusammenklang von Rasse (genauer gesagt Rassen!), **Landschaft** und Geschichte" erklärt:

„Auf Grund dieser Betrachtungen sprechen wir mit Recht von einem jüdischen Volk (nicht von einer jüdischen Rasse!), wie wir von einem deutschen Volk (ebenfalls nicht von einer deutschen Rasse!), von einem französischen, englischen, tschechischen, japanischen usw. Volk sprechen.... Wir völkischen Deutschen lehnen jede Wertung, lehnen die abstoßende, widerliche, dumme und verlogene Minderbewertung des jüdischen Volkes mit Abscheu und Nachdruck ab. Es ist nicht meine Aufgabe, nachzuweisen, daß die gewaltigen Leistungen des Judentums, die zum Beispiel in der Form des Christentums das gesamte Abendland mitgestaltet haben, an sich schon den Versuch der Antisemiten lächerlich erscheinen lassen. Ich begnüge mich zu wiederholen, daß der völkische Gedanke zwangsläufig eine Mißachtung eines anderen Volkes ausschließt." Otto Strasser fährt dann fort:

„Die Bejahung eines jüdischen Volkes schließt die Anerkennung des Strebens der

Juden nach einem eigenen Staatswesen in sich. Wir deutschen Revolutionäre begrüßen und fördern daher die Idee des Zionismus, durch deren Verwirklichung eine wesentliche Bereinigung der so schwierigen staatsrechtlichen jüdischen Frage ermöglicht würde. Aber auch bei restloser Erfüllung der zionistischen Pläne wird der größere Teil des jüdischen Volkes noch immer außerhalb seines Vaterlandes bleiben. Hier nun setzt die allein durchführbare und gerechte Lösung der Judenfrage als europäische Minderheitenfrage ein."

Otto Strasser entwickelt nun das Programm einer einheitlichen Regelung der nationalen Rechtslage aller Nationalitäten, die inmitten fremder Staatsvölker leben, so daß auch nicht der geringste Anhalt einer „jüdischen Sonderbehandlung" übrig bleibt.

„Jeder Angehörige einer solchen nationalen Minderheit hat sich binnen angemessener Frist zu entscheiden, ob er für seine nationale Minderheit oder für das Staatsvolk optieren will.

Im ersteren Fall untersteht er den „Rechten und Pflichten des Minderheitenvolkes", die sich wesentlich von denen des Staatsvolkes unterscheiden, aber eine weitgehende Autonomie (nicht nur hinsichtlich der kulturellen, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, ja sogar finanziellen Belange!) gewähren.

Im zweiten Fall untersteht er den „Pflichten und Rechten des Staatsvolkes", das die Gestaltung des öffentlichen Lebens allein bestimmt und Ausländer und Minderheiten nur als Gäste und „Untermieter" (mit verschiedener Rechtsbasis) anerkennt.

Es ergibt sich aus dem völkischen Charakter der ganzen Anschauung von selbst, daß die Aufnahme in das Staatsvolk die Aufgabe des Minderheitscharakters zur Voraussetzung hat, wofür ganz bestimmte Forderungen zu erfüllen sind. Zu diesen Forderungen wird zum Beispiel das Verbot der Eheschließung mit Angehörigen der (eigenen) Minderheit gehören, Uebernahme des Militärdienstes (von dem die Minderheiten sonst grundsätzlich befreit sind!) und hinsichtlich der Juden auch Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft (nicht die Taufe beziehungsweise Uebertritt zum Christentum, das seinen Charakter als Monopolkirche ohnehin verliert!)."

Antijüdische Terrorakte in Polen.

Warschau. In dem Städtchen Zcerwinskib überfiel eine Bauernmenge gegen 11 Uhr nachts eine jüdische Gruppe am Weichselufer und verletzte mehrere Juden schwer und schlug in allen jüdischen Geschäften der Stadt die Fenster ein. Einige der Verletzten mußten ins Hospital übergeführt werden.

In Stanislau, Ostgalizien, wo die jüdische Bevölkerung seit längerer Zeit unter antisemitischem Terror lebt und wo erst vor wenigen Tagen das Lokal der jüdischen Scouts-Organisation „Menorah" durch einen Bombenwurf demoliert wurde, ist in der letzten Nacht das Goldfaden-Haus (so genannt nach dem verstorbenen jiddischen Theater-Pionier und Dramatiker Abraham Goldfaden) angezündet worden, wobei das Gebäude samt den wertvollen Theaterdekorationen und dem seltenen Kostüm-Fundus vollkommen vernichtet wurde. Dieser Fundus war der reichste in ganz Galizien, alle polnischen und ukrainischen Theater nahmen ihn in Anspruch. Die Polizei glaubt, daß zwischen den Terrorakten in Stanislau und dem Bomben- und Brand-Attentat gegen das Lokal der Zionistischen Organisation in Lemberg ein Zusammenhang besteht.

Die Lage in Lettland.

Warschau. Meldungen aus Riga besagen, daß jüdische Zeitungen in Lettland noch immer nicht erscheinen dürfen, doch haben die Allgemeinen Zionisten, die von der Regierung Ulmanis toleriert werden, bereits die Erlaubnis zur Herausgabe eines Wochenblattes in jiddischer Sprache erhalten, das wahrscheinlich in eine Tageszeitung wird umgewandelt werden können. Der jüdisch-orthodoxe Deputierte Rabbiner Dubin erhielt die Erlaubnis, seine Wochenschrift „Unser Stime" als eine Tageszeitung herauszugeben. Sehr schwer betroffen sind die jüdischen Arbeiter-Parteien. „Hechaluz" hat keine Arbeitsmöglichkeit. Mehrere Führer des „Bund" sind noch in Haft. Der Führer der Zionisten-Sozialisten Professor Lasersohn und 40 führende Poale-Zionisten wurden in ein Konzentrationslager nach Libau übergeführt.

Riga. Der lettländische Ministerpräsident Herr Ulmanis empfing drei jüdische Deputierte des früheren lettländischen Parlaments, den Führer des Misrachi Rabbiner Dr. Nurok und die Führer der Agudas Jisroel Rabbiner Dubin und Wittenberg (die früheren Abgeordneten der links gerichteten jüdischen Parteien, der Führer der Zionisten-Revisionisten Prof. Lasersohn und der Führer des „Bund" Dr. Meisel, befinden sich in politischer Haft. Die Red.). Die Vertreter der jüdischen zionistischen und nichtzionistischen Orthodoxie gaben der Loyalität der von ihnen vertretenen Bevölkerungsteile gegenüber dem neuen Regime Ausdruck und äußerten die Hoffnung, daß die Tätigkeit der Regierung zum Besten des Landes ausfallen wird. Rabbiner Doktor Nurok drückte seinerseits noch die Hoffnung aus, daß die Bürger Lettlands ohne Unterschied der Nationalität auch weiterhin in Frieden miteinander leben werden.

Ministerpräsident Ulmanis erwiderte, daß die von den Vertretern der Judenschaft zum Ausdruck gebrachten Wünsche und Hoffnungen auch die seinen seien, und fügte hinzu:

Es wird in Lettland keine Beschränkung der Rechte der Juden Platz greifen; die Regierung wird die zionistische Bewegung nicht hemmen.

Zum Schluß gab Ministerpräsident Ulmanis die Versicherung ab, daß das jüdische Schulwesen im Lande weiter bestehen wird.

40 Chaluzim in Kowno verhaftet.

Kowno. Die Polizei in Kowno löste eine Versammlung der Organisation Hechaluz auf, verhaftete 40 der Anwesenden und übergab sie der administrativen Behörde zur Aburteilung.

Der Kampf um die jüdische Arbeit in Palästina

Es ist eine höchst unerfreuliche Tatsache, daß jüdische Unternehmer in Palästina arabische Arbeiter beschäftigen. Die Methode aber, mit der dieses Uebel bekämpft wurde, hat versagt.

Die Beschäftigung arabischer Arbeiter durch Juden ist ein rein ökonomisches Problem und kann als solches nur mit wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden. Alle anderen zur Anwendung gelangenden Mittel sind nutzlos.

Die Wurzel des Uebels liegt tief und erfordert eine eingehende Untersuchung. Warum beschäftigen jüdische Unternehmer arabische Arbeiter? Weil sie billiger sind, darüber besteht wohl kein Zweifel. Dürfen jüdische Unternehmer aus diesem Grunde Araber beschäftigen? Hier sind die Meinungen geteilt. Die meisten behaupten, es geschehe aus bloßer Profitgier, die jüdischen Unternehmer wollen sich durch die niedrigen Löhne, welche sie den Arabern zahlen, bereichern. Die Unternehmer hingegen erklären, sie seien gezwungen, arabische Arbeiter zu beschäftigen, weil sie entweder überhaupt keine jüdischen Arbeiter bekommen, oder weil sie die von jüdischen Arbeitern verlangten allzuhohen Löhne nicht zahlen können.

Die Argumentation, daß jüdische Arbeiter nicht aufzutreiben sind, dürfte nur in wenigen Fällen zutreffen. In den meisten Fällen — und fast ausschließlich in der Landwirtschaft — wird der arabische Arbeiter dem jüdischen vorgezogen, weil er einen erheblich niedrigeren Lohn beansprucht. Es ist in der ganzen Welt so, daß billige Arbeit die teuere verdrängt. Diese für uns so bedenkliche Erscheinung werden wir aber mit den bisher angewandten Gegenmaßnahmen nicht aus der Welt schaffen. Ich glaube, daß die jüdischen Unternehmer, welche Araber beschäftigen, dies nur ungern tun. Sie sind vielleicht durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen; es ist ja gut möglich, daß bei höheren Löhnen die Rentabilität des Unternehmens nicht mehr gegeben erscheint. Ein Jude, der für seine letzten paar Hundert Pfund eine Orangenpflanzung gekauft hat — meistens überzahlt er sie — muß mit jedem Lohnpfund rechnen. Ist doch diese Orangenpflanzung seine Einkommensquelle, und er befürchtet mit gewissem Recht, sie könnte bei höheren Löhnen zum Versiegen kommen.

Sollen wir daher den Kampf um rein jürische Arbeit in jüdischen Betrieben aufgeben? Nein und nochmals nein!

Eine Gefahr des Eindringens von Arabern in jüdische Betriebe besteht vornehmlich in der Landwirtschaft.

Wir haben es also in der jüdischen Volkswirtschaft Palästinas mit einer Krise der Landwirtschaft zu tun.

Diese ist jedoch anders geartet als die Landwirtschaftskrise in der übrigen Welt, die auf den Mangel an Absatzmärkten zurückzuführen ist und daher viel schwerer zu beheben ist als in Palästina, wo Absatzmöglichkeit vorhanden und nur die Löhne zu hoch sind.

In der Erkenntnis, daß die Landwirtschaft im Leben der Völker der wichtigste Wirtschaftszweig ist (agricultura fundamentum regnorum), sind fast ausnahmslos alle Regierungen bemüht, die Not der Landwirtschaft durch schwere Opfer, welche sie der Allgemeinheit auferlegen, zu lindern. Es wird unter allen Umständen getrachtet, eine Verringerung der Produktion und die Landflucht der Landarbeiter zu verhindern, sowie auch dem Landwirt eine entsprechende Rentabilität zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, werden Milliarden den notleidenden Landwirten in Form von Entschuldungsaktionen, Prämien usw. zugewendet. In manchen Staaten wurden sogar den Landwirten bestimmte Produkte zu höheren Preisen abgekauft, als am freien Markte zu erzielen wären. Diese Subventionspolitik hat sich im großen und ganzen bewährt und die Staaten vor größeren Schaden bewahrt.

Warum sollen wir also dieses bewährte System der Subventionierung nicht auch auf unsere Landwirtschaft zur Anwendung bringen. Es wurde bereits oben dargelegt, daß das einzige Uebel unserer Landwirtschaft die hohen Löhne sind.

Eine zielbewußte Subventionspolitik muß also an diesem Punkte einsetzen, sie wird dem jüdischen Unternehmer einen billigen jüdischen Arbeiter und dem jüdischen Arbeiter einen guten Lohn zur Verfügung zu stellen haben.

Ist dies gelungen, wird es keine arabischen Arbeiter in jüdischen Unternehmungen mehr geben.

Doch wie soll das geschehen? Analog den Fonds, welche in den meisten Staaten geschaffen wurden, um dem Landwirt einen angemessenen Preis für seine Produkte zu sichern, schafft die Judenheit Palästinas einen Fonds, um dem jüdischen Landarbeiter einen angemessenen Lohn zu sichern. Hier, wie dort, wird dieser Fonds durch Lasten, welche die Allgemeinheit sich auferlegt, finanziert. Wir verfügen wohl nicht über staatliche Zwangsmittel, aber dafür haben wir in Palästina eine gut organisierte Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, die national fühlen und zu Opfern herangezogen werden können. Aus regelmäßigen Beiträgen, die von allen jüdischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Palästinas zu leisten wären, ist ein Fonds zu bilden, der dazu dienen soll, den Unternehmern die Differenz zwischen den Löhnen, die sie jüdischen Arbeitern zahlen, und den Löhnen, die sie sonst an Araber gezahlt hätten, zu ersetzen. Bei der verhältnismäßig großen Zahl jüdischer Unternehmer und Arbeitgeber in Palästina auf der einen Seite und der verhältnismäßig geringen Anzahl der bei Juden beschäftigten Araber auf der anderen Seite wird die notwendige Summe mit Leichtigkeit aufzubringen sein. Ein solcher Lohnausgleichsfonds müßte natürlich von einer Kommission verwaltet werden, die in allen Kreisen des Jischuw uneingeschränktes Vertrauen genießt.

Kein jüdischer Unternehmer darf dann ohne Zustimmung dieser Kommission Araber beschäftigen. Täte es einer trotzdem, so müßte die gesamte Judenheit gegen ihn das schärfste Kampfmittel anwenden.

Ein solches Mittel ist gesellschaftlicher Boykott, eine Art nationaler Bannfluch (Cherem). Kein Jude wird mit einem solchen zum nationalen Verräter deklarierten Subjekt Kontakt pflegen, weder gesellschaftlich noch geschäftlich.

Diesem konsequent angewendeten Mittel wird auf die Dauer kein Jude widerstehen.

Der Vorteil dieser Kampfmethode ist auch der, daß der Regierung keine Handhabe zum Einschreiten gegeben wird.

Es ist jedem Juden klar, daß unser jetziges Kolonisationssystem nicht das richtige ist. Etwa dreiviertel des gesamten Jischuw wohnt in drei Städten: Tel-Aviv, Jerusalem und Haifa. Wenn wir die nächsten 10 Jahre in gleichem Maße kolonisieren wie in den letzten Jahren, so werden wir in Tel-Aviv eine halbe Million Juden haben, aber das Land wird arabisch bleiben. Wir haben daher alle Mittel anzuwenden, um das Land strategisch zu kolonisieren, d. h. das Land mit einem Netz jüdischer Kolonien zu überziehen, das immer dichter und dichter wird. Durch Zusammenballung an einigen wenigen Punkten werden wir das Land nicht jüdisch machen. Zur Verwirklichung dieses Zieles müßten alle vorhandenen Kräfte in den Dienst gestellt werden. Es ist notwendig, neue landwirtschaftliche Positionen zu erobern und nicht, wie es durch die unglückselige Landflucht geschieht, uns aus bereits eroberten Gebieten durch arabische Arbeiter verdrängen zu lassen. Hier muß in erster Reihe der Jischuw selbst beispielgebend vorangehen und durch zielbewußtes kollektives Handeln eine patriotische Tat vollbringen.

Simon Meïr Perlman.

Sammelt und spendet für den Krankenschutz der nationalen Arbeiter durch den KEREN TEL HAI!

Spendenausweis des Keren Tel Hai-Oesterreich

für die Zeit vom 16. bis 31. Mai.

Keren Tel Hai Taschen: Frau G. Mandelbaum S 3.23, R. Pick S 5.—, Frl. Suly Rachmil S 10.24, Jak. Barer S 3.30, Th. Steiner, Mattersburg, S 9.60, Geduth Massada S 3.49, 5 Taschen unter S 2.— S 5.49, zusammen S 40.35. — Sammelbogen: Podrul S —.50. — Sammelheft: Nahum Groß S 4.—. — Versammlung Hotel Continental: Geduth Massada S 7.82, Büchsen S 17.60, zusammen S 25.42. — Spenden: O. Kohn S 25.—, Ing. Bernstein, Paris, S 3.—, zusammen S 28.—. — Gesamtsumme S 98.27, bisher ausgewiesen S 388.23, zusammen S 486.61.

Mitarbeiter melden sich: Wien, I., Adlerg. 4.

Pegisha der westslowakischen und österreichischen Betarim in Bratislava

Mehr als 500 Betarim aus 13 Städten treffen zusammen.

Sonntag, den 3. Juni stand die Stadt Bratislava mehr als 12 Stunden lang im Zeichen der Treffahrt des Berit Trumpeldor. Ununterbrochen wurde die Stadt und ihre Umgebung von Gruppen uniformierter Betarim durchzogen, die überall, wohin sie kamen, von der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung mit Staunen und Sympathie betrachtet wurden. Wiederholt wurden Betarim von Passanten, Offizieren und Zivilpersonen angesprochen, welche Organisation das sei, und immer wieder konnte man die stolze Antwort hören: Berit Trumpeldor, die künftige jüdische Legion!

Selbstverständlich hatten die Linken nicht geschwiegen. Sowie im Mai 1933, als Jabotinsky nach Bratislava und im vergangenen Sommer, als er zum Zionistenkongreß nach Prag kommen sollte, „Moschko Chaser" zu den Behörden gelaufen und hysterisch geschrien hatte: „Laßt ihn nicht ins Land, den jüdischen Faschisten!", — so hatten auch diesmal die Poale-Zionisten im Verein mit nichtjüdischen Kommunisten tagelang vorher gedroht, den betarischen Zug mit Messern und Steinen zu überfallen. Schon Tage vor der Pegisha schrieben die Zeitungen von gefährlichen Straßenausschreitungen am Sonntag. Diese Propaganda wirkte!

Als Sonntag früh die Wiener Gäste mit Sonderschiff eintrafen, standen am Kai tausende Neugierige, um sie zu erwarten. Um ½11 traf das Schiff ein und nun strömten unaufhörlich Betarim, in der schmucken Uniform, die Instruktoren mit den Stöcken, voran die Betar-Fahnen auf den freien Platz, wo die čsl. Betarim aus 10 Qenanim des westslowakischen Kreises Aufstellung genommen hatten. Nach der hebräisch gehaltenen Begrüßung durch den Mefaqqed Qen Bratislava Schwartz setzte sich der Zug in Bewegung und traf wenige Minuten später im neuen Heim ein. Vom Haus des Betar- und Zoharheims wehten mächtige Fahnen der čsl. und jüdischen Nation. Vor dem Hause hatten sich wieder zahlreiche Neugierige eingefunden, die gespannt zu den

Fenstern emporblickten, hinter denen eben die offizielle Begrüßung durch den Neciv des österreichischen und čsl. Betar, J. Goldstein, stattfand. der die erschienene Qecine ha Shilton Dr. Köppel und Kpt. Grosz, die österr. Necivut, und die Betarim aus Wien, Baden, St. Pölten und aus Brno, Bratislava, Trnava, Nitra, Levice, Dunajska Streda, Trenčin und die Hachsharot Beš und Varšanyi willkommen hieß und das Tagesprogramm bekanntgab.

Der Nachmittag gehörte den Betarim und manches starke Freundschaftsband wurde da — wie immer bei betarischen Pegishot — geknüpft.

Pünktlich 8 Uhr abends trafen die Betarim in kleineren und größeren Gruppen im Festsaal des Hotel Tatra ein, wo der feierliche Appell stattfinden sollte. Die Estrade war mit der Büste des Präsidenten Masaryk und den čsl. und jüdischen Fahnen festlich geschmückt. Ernste, getragene Stimmung herrschte, als nach Abschreiten der aufgestellten Reihen der Betarim die Hymnen erklangen, und sich die Qecine ha Shilton und Necivuyot auf ihre Plätze auf der Estrade begaben. Es folgten hierauf, nach kurzen, in slowakischer und deutscher Sprache gehaltenen Eröffnungsworten die Ansprachen der Qecinim Dr. Köppel und Grosz, Mishne le Neciv Seidmann namens des österreichischen Betar und schließlich des Neciv Goldstein. Die Kommandanten des Betar betonten die enge Verbundenheit der beiden Bruderorganisationen und versprachen, den stolzen Bau eines starken, mitteleuropäischen Betar, zu dem an diesem Tage der Grundstein gelegt worden sei, in kurzer Zeit und mit vereinten Kräften aufzubauen.

Mit einem Unterhaltungsabend wurde der Tag beendet, der den Feinden zum Trotz, dem Betar zum Stolz ein großer Tag war.

Um die individuelle Petition in der ČSR.

Man schreibt uns aus Košice:

Der Sturm und Drang, der unsere Reihen heute erfüllt, ist an allen Ecken und Enden spürbar. Es rührt sich überall, es wird organisiert, gesammelt, neugegründet — gearbeitet. Die Tschechoslowakei, vielleicht noch im Nachgefühl einer gelungenen Landeskonferenz, ist der Schauplatz einer fieberhaften revisionistischen Tätigkeit. Man kann heute den Ortsgruppen das beste Zeugnis ausstellen, und wenn der Enthusiasmus andauert, so ist kein Zweifel vorhanden, daß wir alle übrigen Parteien überrennen werden.

In den letzten Monaten sind gegründet, bzw. neuorganisiert worden: die Petitionsaktion, die Aktion der ökonomischen Abwehr, die Moschawa-Aktion, eine Tozereth-Haerez-Aktion, der Brit Jeschurun, der Brit Hechajal und die Weref. Hiezu kommt die breitangelegte Keren-Tel-Chaj-Aktion mit allen Nebenzweigen, wie verschiedenen Eintragungen ins Eiserne Buch, eine Keren-Alijah-Aktion, eine Aktion der Betar-Freunde.

Außer Zweifel steht aber, daß die wichtigste Aktion von allen, die, von der unser Schicksal abhängt, die Petitionsaktion ist. Dies wissen wir alle. Wir wissen auch, daß wir erst durch die Petition einen einheitlichen Volkswillen vorgebracht haben. Wir wissen auch, daß die Welt sich vor einer solchen Willensäußerung beugen wird. Aber mit der allgemeinen Petition haben wir erst die Hälfte der Arbeit getan. Die andere Hälfte, die Sammlung der individuellen Petitionen, ist noch kaum begonnen. An der Landeskonferenz in Košice haben wir es oft hören müssen, daß hier noch viel zu tun ist.

Die kollektive Petition liefert Zahlen. Trockene Zahlen, die all jene zusammenfassen, welche unsere Politik bejahen. Die individuelle Petition geht weiter! Jeder Jude schreibt diese selbst. Es ist ein Stückchen Individualität auf sie aufgeprägt. Der sie unterschreibt, der geht weiter, als nur unsere Politik gutzuheißen. Er selbst will nach Palästina, und er nimmt ein Stückchen Verantwortung auf sich, wenn er an seine Regierung ein Gesuch richtet, wenn er sich beklagt. Aber wenn diese Klagen verstanden werden, wenn sie an das richtige Forum gelangen, dann weiß die Regierung, daß sie im Einvernehmen mit einem Teile ihrer Staatsbürger handelt, verlangt sie von England die Erfüllung des San-Remo-Vertrages.

Unsere Aufgabe von heute ist daher: Petitionen und in erster Reihe individuelle Petitionen sammeln! Die anderen Arbeiten lasset eine Woche lang ruhen! Mit doppeltem Eifer werden wir diese Zeit nachholen, haben wir nur die Gewißheit, daß unsere Petitionsaktion zu vollem Erfolg geführt hat.

Dr. P. F., Košice.

Weshalb boykottieren die Revisionisten den Keren Kayemet?

Erklärung des Exekutiv-Komitees der Weltunion der Zionisten-Revisionisten.

Vor drei Monaten proklamierte das Exekutiv-Komitee der revisionistischen Weltunion und der Schilton des Betar den Boykott der beiden offiziellen zionistischen Fonds — Keren Hayessod und Keren Kayemet. Dies war die Reaktion auf den Beschluß der zionistischen Exekutive, dem Betar das Recht auf Zertifikate zu nehmen.

Der Keren Hayessod, der sich des vollständigen Bankrotts seiner Kolonisationsmethoden und der ungeheuren Unpopularität bei den zionistischen Massen bewußt ist, hatte nicht einmal den Mut, gegen den gegen ihn proklamierten Boykott aufzutreten. Der Keren Kayemet dagegen, der sich auf seine im Verlaufe von mehr als 30 Jahren geschaffene Position stützt, hat eine ausführliche Erklärung herausgegeben, in der das Direktorium des K. K. L. den Boykott-Beschluß der revisionistischen Union und des Betar scharf tadelt.

Die Sprache der Ziffern.

Das Direktorium des K. K. L. bemüht sich, zu beweisen, daß die revisionistischen und betarischen Arbeiter und Kolonisten bei der Verteilung des K. K. L.-Bodens in gleichem Maße berücksichtigt wurden, wie die Mitglieder anderer zionistischer Parteien. Als Beweis dafür teilt das Direktorium mit, daß die Revisionisten im Emek ha-Sharon 400 Dunam für eine Siedlung und in Herzlia und Kfar Saba je 10 Dunam für Arbeiterlager, im ganzen also 420 Dunam erhalten haben. Sie erhielten auch ein Stück Boden für einen revisionistischen Klub in Bne Brak. Das ist alles.

Das Direktorium der K. K. L. verschweigt jedoch wohlweislich, wieviel Boden die Arbeiter und Kolonisten anderer Parteien erhalten haben. Aus dem Bericht des K. K. L. an den 16. Kongreß (1929) ist zu ersehen, daß von den 144.876 Dunam Boden in den Kolonien 18 Moschavot 72.842 Dunam, 26 Kwuzot 59.487 Dunam und der Gdud Avoda 250 Dunam erhalten haben; es sind fast ausschließlich Mitglieder der sozialistischen Histadrut. Fast ausschließlich dieselben Kreise genossen auch von den 1,187.823 Quadrat-Pik des städtischen Bodens für die Arbeiter-Siedlungen. Aus dem Berichte des K. K. L.-Direktoriums an den 18. Kongreß (1933) ist weiter ersichtlich, daß von den in Ergänzung verteilten 6473 Dunam Erde in Jehuda, Sharon und Shomron in der Berichtsperiode erhielten: die Revisionisten 404 Dunam (wieder dieselben 400 Dunam, mit welchem das K. K. L.-Direktorium so geschickt operierte) und der Hapoel-Hamisrachi 1404 Dunam; alle übrigen 4665 Dunam erhielten die Anhänger der herrschenden sozialistischen Partei. Dasselbe gilt auch für die 36 Arbeiterlager für 1778 Arbeiter auf 486 Dunam; gegenüber diesen 36 Lagern erhielten die revisionistischen Arbeiter bloß 2 Lager auf 20 Dunam.

Im Lichte dieser Ziffern klingt es fast wie Hohn, wenn das Direktorium des K. K. L. erklärt, daß es in gleicher und gerechter Weise für die Verteilung des Bodens unter alle Arbeiter und Kolonisten ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit sorgte. Macht man eine einfache arithmetische Rechnung, so kommt man zum Ergebnis, daß die Revisionisten weniger als ein Drittel Prozent (0.3%) alles landwirtschaftlichen Bodens, der durch den K. K. L. verteilt wurde, erhielten. Von dem städtischen K. K. L.-Boden erhielten die Revisionisten keinen einzigen Quadrat-Pik.

Leere Versprechen.

Das Direktorium des K. K. L. erklärt weiter, daß es in seinen Verhandlungen mit den revisionistischen Vertretern seine Bereitwilligkeit zum Ausdrucke brachte, „jeden Vorschlag bezüglich Verteilung von Boden in Betracht zu ziehen und sich zu bemühen, sie laut Möglichkeit zu befriedigen". Es ist klar, daß solche Versprechen keine praktische Bedeutung haben. „Laut der Möglichkeit" — d. h. nachdem alle Boden-Forderungen der sozialistischen Histadrut-Gruppen schon vollständig erfüllt waren — hat der K. K. L. auch früher den revisionistischen und betarischen Arbeitern Boden gegeben. Die Forderungen der revisionistischen und betarischen Vertreter gingen jedoch dahin, daß der K. K. L. die an den Revisionisten jahrelang geübte schreiende Ungerechtigkeit nicht „nach Möglichkeit" gutzumachen hat, sondern daß er sich verpflichten muß, die in Jahren angehäufte Bodenschuld in erster Reihe zu decken. Ein solches Versprechen, das allein tatsächlichen Wert gehabt hätte, wollte jedoch das K. K. L.-Direktorium nicht geben.

Revisionistische Vertretung im K. K. L.-Direktorium.

In Beantwortung der revisionistischen Forderung, den Revisionisten eine entsprechende Vertretung im Direktorium des K. K. L., in dem sie bisher keinen Sitz haben, zu sichern, erklärt das Direktorium:

a) Es kann diesbezüglich keine Garantie geben, weil die Wahl der Mitglieder des Direktoriums nicht von ihm, sondern vom A. C. abhängt.

b) Die Wahl neuer Mitglieder an Stelle der turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Direktoriums erfolgt stets in einer A. C.-Sitzung Ende des Sommers.

Die erste Behauptung ist formell unanfechtbar. Aber gerade daraus geht hervor, daß das Direktorium keinesfalls ein politisches Organ darstellt, wie es von sich selbst behauptet. Es wird von einer rein parteipolitischen Körperschaft, dem A. C. der zionistischen Organisation, welches durch die zionistischen Parteien laut einem Partei-Schlüssel gebildet wird, gewählt. Der Bestand des Direktoriums des K. K. L., das die ganze Politik des K. K. L. bestimmt, ist das Resultat des Kräfteverhältnisses der Parteien im Aktions-Komitee. Und dieses Kräfteverhältnis ist allen bekannt. Die Mehrheit im A. C. bilden die sozialistischen Parteien mit einem Teil allgemeiner Zionisten, die Hand in Hand mit ihnen gehen. Unter solchen Bedingungen sind keine Chancen vorhanden, daß revisionistische Vertreter in das Direktorium des K. K. L. gewählt werden. Dafür haben wir auch schon einen Präzedenzfall: in der A. C.-Sitzung vom August 1932 wurde eine revisionistische Kandidatur fürs K. K. L.-Direktorium aufgestellt und von der Mehrheit des A. C. verworfen. Seither wurde die antirevisionistische Mehrheit im A. C. noch verstärkt.

Eine gewisse tatsächliche Möglichkeit, die im A. C. herrschenden Parteien zu zwingen, den Revisionisten eine gerechte Vertretung im K. K. L.-Direktorium zu geben, wäre nur dann vorhanden gewesen, wenn sich die jetzigen Leiter des K. K. L. verpflichtet hätten, sich in der A. C.-Sitzung diesbezüglich aktiv zu bemühen und zu erklären, daß sie die nötigen Bedingungen zum Wuchs der Einnahmen des K. K. L. nur bei einer aktiven und begeisterten Beteiligung aller zionistischer Parteien schaffen können: die Revisionisten, deren Jugend mit großem Erfolg für den K. K. L. arbeitet, machen die Fortsetzung dieser Arbeit von der Wahl ihrer Vertreter ins Direktorium abhängig; deshalb könne das Direktorium die Verantwortung für die weitere erfolgreiche Arbeit des K. K. L. nur dann übernehmen, wenn diese gerechten Forderungen befriedigt werden.

Wäre die A. C.-Mehrheit vor ein solches Dilemma gestellt worden, so wäre sie vielleicht gezwungen gewesen, nachzugeben. Das Direktorium hielt es jedoch nicht für möglich, zu versprechen, daß es in diesem Sinne beim A. C. intervenieren werde. Unter diesen Bedingungen wäre die Aufstellung revisionistischer Kandidaturen in das K. K. L.-Direktorium bei der A. C.-Sitzung eine aussichtslose Bemühung gewesen.

Das K. K. L.-Direktorium beruft sich darauf, daß die Ergänzungswahlen ins Direktorium erst in der Sommer-Tagung des A. C. erfolgt, wenn ein Teil der Mitglieder des Direktoriums turnusmäßig ausscheiden wird. Das ist jedoch nur eine formalistische Ausrede. Wenn die heutigen Mitglieder des K. K. L.-Direktoriums es wirklich für nötig hielten, ein neues Mitglied aufzunehmen, demissionierte eines der alten Mitglieder vorzeitig, um dadurch die Aufnahme eines neuen Mitgliedes schon in der Frühlings-Sitzung zu ermöglichen. Um die Aufnahme eines revisionistischen Mitgliedes zu ermöglichen, wurde kein derartiger Schritt unternommen.

Unter solchen Bedingungen hat das K. K. L.-Direktorium jedenfalls kein Recht, zu behaupten, daß die Revisionisten ihm vollständig grundlos eine ungerechte Behandlung vorwerfen und daß das K. K. L.-Direktorium alles getan habe, um die revisionistischen Forderungen zu befriedigen.

(Schluß folgt.)

Monat der „Idee des Betar" in Oesterreich.

Der Monat Juni soll in Oesterreich der „Idee des Betar" gewidmet sein. Alle Betarim sollen an geistiger Arbeit interessiert werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet die österreichische Necivut folgende Preisausschreiben, die die Mefaqdim den Betarim zur Kenntnis zu bringen haben:

A) Nesherarbeiten (Aufsätze).

Teilnahmsberechtigt ist jeder Nesher. Jeder Ceror wählt die besten drei Arbeiten seines Ceror aus und schickt sie an die Necivut. Der Wettbewerb zählt zum Nesher-Wettkampf.

Der Teilnehmer muß sich an die vorgeschriebenen Themen halten, hat jedoch das Recht, mehrere Themen zu behandeln.

Endtermin: 25. Juni.

Bis zu diesem Tage müssen wir im Besitz der Arbeiten sein.

Themen:

1. Die Aufgaben der Betar-Bewegung im Aufbau des Judenstaates.
2. Warum bin ich im Betar?
3. Die Lösung der Judennot.

B) Für alle Betarim (Aufsätze).

Teilnahmsberechtigt ist jeder Betari. Jeder Betari schickt persönlich seine Arbeit ein; er hat das Recht, mehrere Themen zu behandeln. **Endtermin: 25. Juni 1934.**

Themen:

1. Die soziale Frage im Revisionismus.
2. Die Möglichkeiten der Fortentwicklung der betarischen Idee.
3. Wege der betarischen Kulturarbeit.
4. Englands und Europas Interesse an einem jüdischen Palästina.

Weiters Sonderpreise für folgende Themen:

1. Was bedeutet uns der Gijus-Gedanke?
2. Das Mädchen im Betar (Vorschläge organisatorischer und erzieherischer Natur).

Preise:

1. Preis: Goldene Menorah.
2. und 3. Preis: Silberne Menorah.

Außerdem Veröffentlichung der besten Arbeiten in den betarischen Zeitungen („Judenstaat", „Medinah" usw.). Der siegreiche Nesher-Ceror erhält einen besonderen Wimpel.

Wandzeitungs-Wettkampf.

Alle Gedudim können am Wandzeitungs-Wettkampf teilnehmen. (Ausmaß der Wandzeitungen: 2 × 1 m. Sie kann enthalten: Bilder, Zeichnungen, Ausschnitte, eigene und fremde Artikel; es handelt sich stets um Gegenüberstellungen, die entsprechend herauszuarbeiten sind).

Themata:

1. Betar-Ghettojugend.
2. Palästina-Biro-Bidschan.
3. Englands Versprechen. — Palästinas Wirklichkeit.
4. Wir — „Zionistische" Organisation.
5. Judennot. — Judenstaat. (Jüdische Bildreportage).

Die Wandzeitungen haben ebenfalls bis 25. Juni in Wien zu sein. In Wien erfolgt an diesem Tage die Besichtigung.

Preisrichter: Necivut Betar Oesterreich unter Vorsitz Qacin ha Shilton, Dr. Arje Köppel.

Necivut Betar Oesterreich,
Erich Wolf m. p.

Nesherbroschüre der österreichischen Necivut

Die bereits angekündigte Einführungsbroschüre für den Nesher „Der Nesher" ist bereits erschienen und ist gegen die Voreinsendung von 50 Groschen bei der Necivut Betar, I., Adlergasse 4, erhältlich.

Hitachduth Olej Austria

Die Vereinsabende der Hitachduth Olej Austria finden ab Dienstag, den 29. Mai in dem neueröffneten Klubgarten des Hotels Talpioth, Achad-Haam Str. 52, an jedem Donnerstag statt. Die Leitung des Sekretariats hat das Vorstandsmitglied, Doktor Walter Eckstein, übernommen.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Berthold Kornmehl, Wien II., Glockengasse 14. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt Melantrich A. G., Wien IX., Pramergasse 6.